

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

18. Jahrgang 1970

3. Heft/Juli

PIERRE RENOUVIN

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN FRANKREICH WÄHREND DES KRIEGES 1914 – 1918

Was hat das Verhalten der französischen Bevölkerung gegenüber den Belastungen des Ersten Weltkrieges bestimmt? Begeisterung, Resignation, Überdruß? Welche Ziele sah sie mit jenen Belastungen verknüpft? Wie hat sie die Führung der militärischen Operationen und die Zukunftsaussichten beurteilt? Das sind die wichtigsten Fragen, die eine Untersuchung der damaligen öffentlichen Meinung aufwirft. Der „Kriegspolitik“ gebührt dabei offensichtlich der Vorrang. Die verschiedenartigen Strömungen, die sich geltend machten, ihr jeweiliger Umfang und die im Verlaufe des Krieges sich wandelnde Einstellung zu jenen Fragen stehen im Mittelpunkt des Interesses. Doch würden die diesbezüglichen Feststellungen nicht ausreichen. Sie müssen vielmehr vertieft werden durch eine Analyse der allgemeinen Denkweise. Man muß versuchen aufzuspüren, in welchem Maße die einzelnen Bevölkerungsgruppen dem Aufruf zur Einigkeit, zur „Union sacrée“, den die Regierung bei Kriegsbeginn ergehen ließ, Folge geleistet haben, wann und unter welchen Umständen sie zu schwanken begannen; man muß ferner die Fortschritte und Wechselfälle pazifistischer Stimmungen zu erkennen suchen. Ohne Zweifel unterlag die Haltung der Bevölkerung dem Einfluß einer in unterschiedlichem Sinne auf Wirkung angelegten Propaganda; sie war jedoch auch von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen abhängig: die Schwierigkeiten der Lebensmittel- und Kohlenversorgung, die ab 1916 auftraten; die Lebensmittelpreise, die 1916/17 spürbar schneller stiegen als die Gehälter und die meisten Löhne, haben auf die Einstellung der städtischen Bevölkerung zum Kriege unmittelbar eingewirkt, hingegen die von der Landbevölkerung erzielten Profite diese die Leiden des Krieges leichter ertragen lassen. Unsere Untersuchung darf sich also nicht nur auf das Studium der politischen Kreise beschränken; sie muß versuchen, die Meinung der Masse herauszufinden.

Die politischen Kreise? Auf jeden Fall muß man das Verhalten der Parteien prüfen, die den vielfältigen Meinungstendenzen ja Ausdrucksformen bieten und sie berufenermaßen im Parlament vertreten. Normalerweise erkennt man ihre Positionen am häufigsten an ihren Stellungnahmen zu dem, was die Regierung erklärt oder verschweigt. In Kriegszeiten jedoch ist die freie Meinungsäußerung auf der Parlamentstribüne faktisch beschränkt, einmal weil die Politiker nicht riskieren wollen, die „Union sacrée“ zu erschüttern, zum andern weil sie fürchten,

von ihren Gegnern einer „antipatriotischen“ Haltung bezichtigt zu werden. Man muß auch die Rolle der anderen „pressure groups“ feststellen, darunter derer, welche auf religiösem oder sozialem Gebiet oder im Bereich wirtschaftlicher Interessen agieren, aber auch derer, welche erst aus Anlaß des Kriegszustandes, mit oder ohne Hilfe des Staates, geschaffen wurden. Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren waren die wesentlichsten Medien einer Einflußnahme von seiten dieser Parteien und Gruppen.

Und die Masse? In welchem Grade unterliegt sie diesen Einflüssen? Natürlich sind die Reaktionen des städtischen Bürgertums, der Arbeiterschaft und der Landbevölkerung sehr unterschiedlich. Im Bürgertum finden die „pressure groups“ am leichtesten geneigte Ohren; trotzdem haben sie hier selbst bei Gleichgesinnten große Mühe, diese dahin zu bringen, sich einer Organisation anzuschließen und einer Leitung unterzuordnen. Überdies ist die Haltung der verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Gesellschaft — geistige Berufe, Großkaufleute, Kleingewerbetreibende, Künstler — recht unterschiedlich. Viel leichter lassen sich die Reaktionen der Arbeiterschaft feststellen, da diese seit langem von der Propaganda der Gewerkschaften durchdrungen ist und sich gewöhnt hat, Parolen zu empfangen und weiterzugeben. Die Landbevölkerung endlich bleibt dem politischen Beobachter oft verschlossen, denn sie ist weit verstreut, schwer zu erreichen, in vielen Gegenden bleiben ihre politischen Regungen auch recht elementar.

Läßt sich nun anhand der Dokumente, die der historischen Forschung in Frankreich zur Verfügung stehen, eine Antwort auf all diese Probleme geben?

Außer den verstreuten Auskünften, die er bei der Lektüre der (sehr wenigen) Zeugnisse von Politikern und Journalisten findet, wird der Historiker wohl zuerst die Presse heranziehen. Gewiß, diese Presse war keineswegs frei. Die Beschränkungen, denen sie unterlag, sind aber ziemlich genau festzustellen, denn die Weisungen, die den Pariser Zeitungen von der Zensurbehörde gegeben wurden, sind bis in die Einzelheiten hinein erhalten geblieben, zumindest seit Anfang 1916. Die „Zensoren“ erhielten diese Weisungen manchmal schriftlich, meistens telefonisch, machten aber sofort eine Notiz darüber. Die Archive enthalten daher Verzeichnisse¹, in denen Tag für Tag und Stunde für Stunde sowohl die Informationen verzeichnet sind, die die Zeitungen nicht veröffentlichen durften, als auch diejenigen, die sie bringen konnten².

Außerdem haben die Archive der Presse-Abteilung des Generalstabs Korrekturabzüge der Zeitungsartikel aufbewahrt, deren Erscheinen die Zensur ganz oder teilweise verboten hat. In diesen Artikeln sind also Meinungen zu erkennen, die keine weitere Verbreitung finden sollten, aber höchstwahrscheinlich auf mündlichem Wege doch weitergefunden haben. Darüber hinaus enthalten jene Archive Akten-dossiers, die von den für die Überwachung der Presse zuständigen Dienststellen über

¹ Sie sind in der „Bibliothèque de documentation internationale contemporaine“ in Paris aufbewahrt.

² Die Archive der Zensurkommissionen in der Provinz sind teilweise erhalten geblieben. Diejenigen von Toulouse sind besonders interessant.

bestimmte Zeitungen angelegt wurden, die sich Strafen oder Verweise zugezogen hatten. Diese Dossiers erleichtern die Aufgabe des Historikers auch dadurch, daß sie seine Aufmerksamkeit auf einige kleine Provinzzeitungen lenken, die sich ohne solche Hinweise in der Masse „verloren“ hätten, — in einer Masse, deren Umfang und erdrückende Banalität den Forscher entmutigt.

Der größte Teil der Kommentare in der Presse geht auf den Einfluß der Parteien und der „pressure groups“ zurück. In der Tat wäre die Tätigkeit mancher solcher Gruppen kaum bekannt ohne ihre öffentlichen Verlautbarungen. Es wäre nun sehr wichtig, die Geisteshaltung der führenden Leute dieser Parteien und Gruppen näher kennenzulernen und darüber hinaus ihre Verhaltensweise, ihre Absichten und Ziele festzustellen. Doch die Archive der französischen politischen Parteien sind dürftig; sie enthalten meist nur die Rechenschaftsberichte der Parteikongresse. Korrespondenzen, Aufzeichnungen von den Beratungen der leitenden Gremien wurden nicht systematisch aufbewahrt und sind zerstreut in privaten Archiven, die zum größten Teil der Findigkeit der Forscher bis jetzt entgingen. Die Archive der großen Verbände täuschen oft mehr vor, als sie wirklich enthalten — so die der Gewerkschaften und der religiösen Organisationen. Die Initiatoren der Vereinigungen, die während des Krieges und für den Krieg gegründet wurden, haben höchst selten ihre Akten an ein öffentliches Archiv abgegeben; da ist der Historiker auf die immer schwierige und von Zufällen abhängige Suche nach privaten Papieren angewiesen.

In den meisten Fällen kann die Aktivität der Parteien und Verbände wohl aus ihren Deklarationen und Stellungnahmen erschlossen werden. So bilden die Protokolle der Parlamentsdebatten selbstverständlich eine wichtige Quelle — unter der Bedingung freilich, daß man über die öffentlichen Sitzungen hinausgelangt, in denen die Redner angesichts des Kriegszustandes schwerlich ihre letzten Gedanken aussprachen. Den Protokollen der Geheimsitzungen der Deputiertenkammer³ und des Senats und der großen Parlamentskommissionen (für die Armee und für die Auswärtigen Angelegenheiten) gebührt hier jedenfalls mehr Aufmerksamkeit. Auch die Protokolle der Départementsverwaltungsräte sollte man nicht vernachlässigen: die *Conseils généraux*⁴ hielten zweimal im Jahr Sitzungen ab, und obwohl sie in ihren Kompetenzen auf Verwaltungsangelegenheiten beschränkt waren, können ihre Beratungen doch recht nützliche Hinweise über die Stimmung geben, vor allem über das Ausmaß ihrer Beeinflussung durch wirtschaftliche und soziale Probleme.

Für die Meinung der Masse des Volkes schließlich sind die Berichte der Verwaltungsbehörden die Hauptquelle. Das Oberkommando der Armee war begreiflicherweise vor allem daran interessiert, über die Stimmung der kämpfenden Truppe

³ Die Deputiertenkammer hat acht Geheimsitzungen abgehalten, die erste im Juni 1916, die letzte im Oktober 1917.

⁴ Die aus direkt gewählten Abgeordneten zusammengesetzten *Conseils généraux* der Départements üben die Kontrolle über die Verwaltung der Départements aus, haben ein Vorschlagsrecht für die von der Verwaltung auszuführenden Arbeiten regionalen Charakters und verteilen die öffentlichen Lasten innerhalb des Départements.

unterrichtet zu werden, und erhielt regelmäßige Berichte hierüber. In bezug auf die Zivilbevölkerung ist die Quellenlage sehr viel ungleichmäßiger. In den Jahren 1914, 1915 und 1916 begnügte sich die Regierung mit Berichten, die die Polizeidienststellen (der Allgemeine Nachrichtendienst) und von Zeit zu Zeit die Präfekten an das Innenministerium richteten. Erst vom Frühjahr 1917 ab wurde der Stand der öffentlichen Meinung in größerem Umfang ständig und systematisch untersucht: durch monatliche Berichte, die die kommandierenden Generale der einzelnen Militärregionen in Zusammenarbeit mit den Präfekten ausarbeiteten; Erhebungen, die zu bestimmten Terminen bei den Präfekten selbst erfolgten; Beobachtungen der Polizeidienststellen; Berichte der Oberstaatsanwälte sowie monatlich, ja manchmal vierzehntägig erstattete Berichte der Kommissionen der Postkontrolle, die sowohl die Korrespondenz von Zivilisten wie von Soldaten überprüften. Schon der Umfang dieser Erhebungen beweist die Besorgnis der Regierung. Gewiß sind diese Quellen mitunter recht mittelmäßig und fragwürdig. Die Qualität der Berichte der Präfekte hängt von ihrer Beobachtungsgabe und geistigen Unabhängigkeit ab; manche von ihnen scheinen tatsächlich die simpelsten und unwesentlichsten Feststellungen für die klügsten gehalten zu haben. Die individuellen Meinungen, die in den Berichten der Postkontrolle angeführt werden, stammen immerhin von Personen, die auch das Risiko einer Verzögerung ihrer Korrespondenz nicht hinderte, ihre Überzeugung kundzutun. Die Berichte der Polizeidienststellen leiden unter der berufsspezifisch engen Sicht ihrer Verfasser. In diesem Bereich muß der Historiker also die Prinzipien der Textkritik besonders sorgfältig beachten. Trotzdem wird er ein überaus reiches Maß an Erkenntnissen daraus gewinnen können. Auch wird er sie bei einigem Finderglück durch direkte Zeugnisse, Tagebuchaufzeichnungen und Privatkorrespondenzen, noch ergänzen können.

Die Geschichte der öffentlichen Meinung in Frankreich während des Krieges ist also ein ausgedehntes, fast noch unerforschtes Gebiet⁵. Es verlangt den Einsatz einer ganzen Gruppe von Forschern. Beim gegenwärtigen Stand der Arbeiten kann hier nur ein allgemeiner Überblick gegeben, können lediglich die wesentlichen Etappen der Entwicklung und ihre spezifischen Merkmale aufgezeigt, einige bereits gewonnene Ergebnisse festgehalten und weitere Forschungen angeregt werden.

I

Seit dem 26. Juli 1914 begann ein großer Teil der französischen Öffentlichkeit, zumindest in den Städten, mit der Möglichkeit eines europäischen Krieges zu rechnen. In Paris machten sich am 27. Juli zwei einander entgegengesetzte Ten-

⁵ Herr J. J. Becker bereitet eine Dissertation über die französische öffentliche Meinung im Jahre 1914 vor. Herr Kupferman untersucht die pazifistischen Strömungen zwischen 1914 und 1918. Ich selbst arbeite an einer Darstellung der öffentlichen Meinung im Jahre 1917. Es existieren außerdem schon einige Einzelstudien auf Départementebene, die nur als maschinenschriftliche Manuskripte vorliegen.

denzen auf der Straße bemerkbar: der aus Rußland zurückkehrende Präsident der Republik wurde auf der ganzen Strecke zwischen Nordbahnhof und Elysée-Palast von einem zweireihigen Spalier von Zuschauern mit Begeisterungsrufen begrüßt: „Vive Poincaré! Vive l’alliance russe! Vive la France!“ In den Abendstunden jedoch folgten auf den großen Boulevards und im Stadtteil Belleville 30 000 Demonstranten dem Ruf der Gewerkschaften des Seine-Départements und der Zeitung „La Bataille syndicaliste“, die ein Manifest des Generalsekretärs der Confédération générale du travail (CGT) veröffentlicht hatte: „A bas la guerre!“⁶ In diesem Augenblick schienen die Gewerkschaftler also entschlossen, die „Strategie“ anzuwenden, die die Sozialistenkongresse von 1907 und 1912 vorgesehen hatten. Aber schon am 29. Juli zeichnete sich ein Umschwung ab: als „La Bataille syndicaliste“ eine Versammlung ankündigte, auf der Maßnahmen „zur Verhinderung der Mobilmachung“ besprochen werden sollten, verbot die Regierung diese Veranstaltung; und siehe da, die Arbeiterorganisationen beugten sich alsbald dieser Anordnung. Am Abend des 31. Juli verwarf das gemeinsame Komitee der Gewerkschaften einstimmig den Gedanken, einen Mobilmachungsbefehl mit dem Aufruf zum Generalstreik zu beantworten⁷. Nur die Anarchisten bekundeten noch Oppositionsgelüste; sie versuchten ein Flugblatt zu verbreiten, das unter der Überschrift „Appell an den gesunden Menschenverstand“ Bürgerkrieg und Revolution predigte. Der militante Flügel der Arbeiterschaft war sich offensichtlich seiner Machtlosigkeit bewußt. Andererseits aber wiederholte sich in den folgenden Tagen auch nicht die „nationalistische“ Manifestation vom 27. Es wurde also in Paris auf die Regierung keinerlei direkter Druck ausgeübt, als sie die schwerwiegende Entscheidung traf: die allgemeine Mobilmachung zu befehlen.

In der Provinz war die Stimmung auch nicht überschwenglicher. Der Präfekt des Département du Nord meldete, es habe sich am 29. Juli abends in Valenciennes ein Demonstrationzug von Metallarbeitern und Bergarbeitern — etwa 600–700 Teilnehmern — gebildet, mit einer roten Fahne in der Mitte — wohingegen zur gleichen Stunde in einem anderen Teil der Stadt 1000–1200 Personen begeistert applaudierten, als die Stadtkapelle die Marseillaise spielte. In dieser Stadt von 35 000 Einwohnern zeigte die Bevölkerung also wenig Aktivität. Der Präfekt des Pas-de-Calais seinerseits stellte am 1. August fest, daß keinerlei Kundgebungen „für oder gegen den Krieg“ erfolgt seien. In Bordeaux, berichtete der Präfekt, sei die Bevölkerung kaltblütig, auf die Mobilmachung gefaßt und „scheine“ sie zu wünschen. In Bayonne verteilten am 30. Juli einige militante Gewerkschaftler Flugblätter: „Erhebt Euch und verkündet Euren Friedenswillen!“ Sie kündigten eine Versammlung „gegen den Krieg“ an, die am gleichen Abend stattfinden sollte. Aber diese Radikalen wurden auf der Straße von der Mehrheit der Bevölkerung ausgepiffen, die „ihren patriotischen Gefühlen“ Ausdruck gab. Die Versammlung wurde abgesagt. Am Abend sangen zweihundert junge Leute die Marseillaise, während nur eine

⁶ 35 verhaftete Demonstranten wurden schon am nächsten Tage dem Strafrichter vorgeführt und zu Gefängnisstrafen verurteilt, die schwerste Strafe betrug zwei Monate.

⁷ Vgl. A. Kriegel, *Histoire du mouvement ouvrier français 1914–1920*, Paris 1964, Kapitel 2.

kleine Gruppe die Internationale anstimmte. Eine Versammlung in der Bourse du Travail⁹ in Limoges äußerte den Wunsch, es möge ein Aufruf an alle sozialistischen Parteien gerichtet werden, einen europäischen Krieg zu verhindern. Die Presse meldete außerdem „kurze pazifistische Kundgebungen“ in Lyon, Dijon, Amiens und Reims. Nirgends melden die Präfekturberichte Zusammenstöße zwischen Demonstranten gegensätzlicher Ansichten. Außerdem zeigen sie, daß überall eine große Mehrheit sich mit der Möglichkeit eines Krieges abfand. Doch nur für Nizza und Toulon — eine Gegend, wo die Bevölkerung immer überschwenglicher reagierte — sprechen die Beobachter von „Begeisterung“.

Der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung erging am Abend des 1. August. Er wurde überall ruhig und mit kühlem Blut aufgenommen. Proteste waren sehr selten. Als am 2. August in Paris vor dem Gewerkschaftshaus ein militanter Funktionär „A bas la guerre! Vive la paix!“ schrie, wurde er von der Menge geprügelt und zum Polizeikommissariat gebracht, aber sogleich wieder freigelassen. Die Polizeiberichte melden noch zwei ähnliche Fälle. Ganz offensichtlich desavouierte die allgemeine Stimmung solche Einzelgänger. Den Polizeiberichten zufolge war die Stimmung „ausgezeichnet“.

Indes, dieser patriotische Elan trug nicht den Charakter einer Massenbewegung. In Paris marschierten am 2. August drei Kolonnen von Demonstranten über die großen Boulevards von der Oper zum Platz der Republik und sangen: „Wir brauchen das Elsaß!“ Nach den Polizeiberichten waren es insgesamt kaum 10000 Personen. Jene Bekundungen „stürmischer Begeisterung“, die am 4. und 5. August stattfanden, blieben auf die Gegend um den Ostbahnhof beschränkt, wo sich die mobilisierten Truppen versammelten.

In der Provinz wurden ähnliche Feststellungen gemacht. Die Berichte der Präfekten schrieben von Ruhe, Gelassenheit und Würde. „Mißtöne“, die von da und dort gemeldet wurden (am 4. August aus St. Etienne, am 6. aus Brest) waren einigen Anarchisten zuzuschreiben, nicht den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Freilich schildern diese Berichte nur die Verhältnisse in den Städten. Auf dem Lande herrschte, nach den Feststellungen mancher Volksschullehrer, Bestürzung, zumindest während der ersten Tage aber allgemeine Resignation.

Das Wesentliche an dieser Entwicklung der öffentlichen Meinung war also der Anschluß der militanten Sozialisten und Gewerkschaftler an die „Union sacrée“. Am 1. August bejahten Edouard Vaillant⁹ und Jean Longuet¹⁰ die Pflicht, „das

⁹ Die „Bourses du Travail“ waren von den Gewerkschaften eingerichtete Arbeitsvermittlungstellen, die gleichzeitig als Versammlungsorte und Schulungszentren dienten; vgl. dazu Rudolf v. Albertini in Handbuch der Europäischen Geschichte, hrsg. von Th. Schieder, Band 6, Stuttgart 1968, S. 253 f., und das „klassische“ Werk von F. Pelloutier, *Histoire des Bourses du Travail*, Paris 1902.

⁹ Edouard Vaillant, ehem. Kommune kämpfer und Führer einer linken sozialistischen Partei-gruppe (der früheren Partei socialiste révolutionnaire), schrieb seit Beginn des Krieges sehr national getönte Leitartikel in der „Humanité“.

¹⁰ Jean Longuet, Advokat, 1914–1919 sozialistischer Parlamentsabgeordneter, gehörte zum linken Flügel der Partei.

Vaterland“ zu verteidigen. Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Dubreuilh, erklärte, man müsse „die Unabhängigkeit und Unversehrtheit des demokratischen und friedliebenden Frankreich schützen“, soweit es „einen Verteidigungskrieg“ „... ohne Revanchegedanken und mit dem festen Vorsatz“ führe, „das Vaterland anderer zu respektieren“. Am selben Abend erließ die CGT den Aufruf: „Die Ereignisse haben uns überrollt. Das Proletariat war nicht geschlossen genug, um zu erfassen, welcher fortwährenden Anstrengungen es bedurfte, um die Menschheit vor den Schrecken des Krieges zu bewahren.“ Man müsse sich „den Tatsachen beugen“. Bei einer Versammlung der Fédération de la Seine der Sozialistischen Partei am 2. August betonten alle Redner — Longuet, Cachin¹¹, Sembat¹² —, daß die Sozialisten „angesichts der Aggression des kaiserlichen Deutschland ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland“ erfüllen müßten. Am 4. August, bei der Trauerfeier für Jean Jaurès, bekräftigte Léon Jouhaux, der Generalsekretär der CGT in einer zündenden Stegreifrede diese Einigkeit mit einer Entschiedenheit, die ihm den Beifall des Nationalisten Maurice Barrès eintrug. Am gleichen Tage bewilligte die sozialistische Gruppe im Parlament einstimmig die Kriegskredite.

Erklärt sich dieser völlige Gesinnungswandel der Sozialisten und Gewerkschaftler allein daraus, daß sie von den Fühlungen mit den deutschen Sozialisten und Gewerkschaftlern Ende Juli enttäuscht und damit für die versöhnlichen Gesten von seiten der Regierung empfänglicher geworden waren?¹³ Gewiß nicht. Der entscheidende Grund war der plötzliche Durchbruch einer nationalen Gefühlswelle in der Arbeiterschaft selbst. „Hätten wir versucht, dem zu widerstehen“, erklärten Gewerkschaftsfunktionäre später, „so wären wir von dem Sturzbach des Chauvinismus, der über das Land brauste, hinweggeschwemmt worden“¹⁴. Die Arbeiter waren bereit, an einem „Kreuzzug gegen den preußischen Militarismus“ teilzunehmen. Sie wurden von einer Begeisterung mitgerissen, die um so stärker war, als nur wenige sich von einer Schlacht einen Begriff machen konnten, und alle an einen kurzen Krieg glaubten. Auf dem Lande legte sich die anfängliche Bestürzung sehr schnell: das nationale Pflichtgefühl siegte.

Am 20. August begannen die großen militärischen Operationen. Vier Wochen hindurch wurde die Zivilbevölkerung von den Ereignissen in Atem gehalten: den Niederlagen vom 22. August, dem schnellen und schwierigen Rückzug, der Marne-Schlacht (5.–9. September) und der schwungvollen französischen Gegenoffensive, die am 17. September an der Aisne steckenblieb. Im Laufe dieses rapiden Wandels, der innerhalb weniger Tage die strategischen Voraussetzungen in ihr Gegenteil verkehrte, schlug die öffentliche Meinung, soweit sie sich der Presse entnehmen läßt,

¹¹ Marcel Cachin, Mitglied der sozialistischen Partei, war 1914 Stadtrat von Paris und Parlamentsabgeordneter.

¹² Marcel Sembat, Mitglied der sozialistischen Parlamentsfraktion, wurde Ende August 1914 als Minister für öffentliche Arbeiten in die Regierung aufgenommen.

¹³ Am Abend des 31. Juli hatte die Regierung beschlossen, die von der Polizei für den Fall der Mobilmachung geplanten Maßnahmen, die die Verhaftung militanter Gewerkschaftsführer vorsahen („Carnet B“), nicht anzuwenden.

¹⁴ Vgl. dazu A. Krieger a. a. O., Kap. 2.

von Angst in Begeisterung um — ohne daß sie Zeit genug gehabt hätte, die volle Tragweite der Ereignisse zu erfassen.

Im ganzen gesehen wurde in diesen ersten Wochen des Krieges dem Appell zur „Union sacrée“, den die Regierung am 4. August erlassen hatte, widerspruchslos Folge geleistet. Am 26. August, unmittelbar nach den ersten französischen Niederlagen, traten zwei Sozialisten, Marcel Sembat und Jules Guesde¹⁶, in die Regierung ein. Weder eine Opposition im Parlament (dieses hatte sich nach Bordeaux „zurückgezogen“, tagte aber nicht), noch eine solche in der Presse! Keinerlei Forderung nach Friedensverhandlungen, doch aber auch keine Äußerung von Unzufriedenheit oder Zweifel in den Arbeiterorganisationen, deren jüngste Funktionäre sämtlich eingezogen waren! Leiter und Führungsgruppen der Gewerkschaftsbewegung blieben der Erklärung treu, die der Generalsekretär der CGT bei der Mobilmachung abgegeben hatte. Wohl stellten einige Beobachter im August, namentlich bei den Arbeitern des Département Gard, eine gewisse „Zurückhaltung“ fest, im Oktober auch hie und da Zeichen von Erschlaffung; doch das blieben unartikulierte Stimmungsäußerungen. Fälle von „Ungehorsam“ oder „auführerischem Gerede“, die zu gerichtlichen Verfolgungen führten, gab es zwar ziemlich viele, aber es handelte sich um Einzelfälle: die Militärgerichte entdeckten keine Spur organisierter Aktionen. Selbst als in den letzten Augusttagen die Nachrichten von der Front die Moral der Zivilbevölkerung vorübergehend stark absinken ließen¹⁸, wuchs sich diese Entmutigung nirgends zu einer „politischen Stellungnahme“ aus.

Trotzdem beginnen sich innerhalb dieser scheinbaren Einmütigkeit kleine Bruchstellen zu zeigen.

Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes, Merrheim, sammelte mit Hilfe eines weiteren Gewerkschaftlers, Monatte, sowie eines Intellektuellen, Rosmer, einige Aktivistinnen um sich, die der patriotischen Strömung entgegentreten wollten. Diese kleine Pariser Gruppe publizierte eine Zeitschrift, „La Vie ouvrière“, die 2000 Abonnenten hatte, und trat mit einem emigrierten russischen Sozialisten, Martov, in Verbindung, der ab September 1914 die Zeitschrift „Nache Slovo“ herausgab. Die Gruppe fand vor allem bei den gewerkschaftlich organisierten Volksschullehrern Anhang. Seit Anfang September warf Merrheim Jouhaux vor, auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung hinzusteuern. Im November forderte die sozialistische Ortsgruppe von Oyonnax (Dépt. Ain) von den Führern der Partei, mit anderen Sektionen der Internationale Verbindung aufzunehmen: man erhoffte eine „kraftvolle Intervention der sozialistischen Parteien“, „die den Krieg abkürzen könnte“. Im Dezember verteilte ein Redakteur der „Humanité“, Laffitte, unter den Pariser Sozialisten ein Rundschreiben, in dem er erklärte, falls die Deutschen bereit wären, das besetzte französische Gebiet zu räumen, müsse man „sofort mit ihnen Frieden schließen“ — ohne Rücksicht also auf Belgien und Elsaß-Lothringen. Doch dieses

¹⁶ Jules Guesde, Journalist und sozialistischer Abgeordneter marxistischer Prägung, 1914 bis 1916 Minister ohne Geschäftsbereich.

¹⁸ Vor allem in den Départements, die durch die deutsche Offensive bedroht waren.

Zirkular wurde von der Sozialistischen Vereinigung des Département Seine sofort mißbilligt.

Der Anarchist Sébastien Faure wiederum erließ einen Aufruf, der für einen auf die „Solidarität der Arbeiterklasse“ und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegründeten Frieden eintrat; aber auch diesmal forderte die *Fédération socialiste de la Seine* ihre Mitglieder auf, diesem „Faktum“ keine Beachtung zu schenken. Selbst unter den Anarchisten wurde dieser Aufruf von einer Minderheit abgelehnt, die sich seit Oktober unter der Führung von Jean Grave der „*Union sacrée*“ angeschlossen hatte. Die Journalistin Louise Saumoneau schließlich, eine zum Anarchismus tendierende Sozialistin, die 15 Jahre vorher die erste „Gruppe sozialistischer Frauen“ gegründet hatte, organisierte ein „*Comité d'action féminine socialiste pour la paix*“. Als am 20. November 1914 Trotzki in Paris eintraf, vermerkte er die Existenz „einiger hier und da in der Partei und den Gewerkschaften verstreuter oppositioneller Elemente“, stellte allerdings auch fest, daß sie „fast kein Lebenszeichen“ von sich gäben.

II

Mit Beginn des Jahres 1915 veränderten sich die psychologischen Voraussetzungen: zum einen war die Illusion von einem kurzen Krieg verschwunden; zum anderen zwangen die Erfordernisse der Kriegsproduktion dazu, die eingezogenen Metallarbeiter und Bergleute wieder freizustellen. Die U.K.-Gestellten füllten die Gewerkschaften wieder auf. Doch die Entwicklung der öffentlichen Meinung wurde vor allem durch die Nachrichten von der Front bestimmt. Bis Juli 1916 behielten tatsächlich die Mittelmächte die militärische Initiative, zuerst in Rußland, dann in Serbien, schließlich bei Verdun. Der militärische Einsatz Frankreichs, wirksam in der großen Abwehrschlacht von Februar bis Juni 1916, blieb in der Offensive erfolglos: er konnte weder die russische Front entlasten, noch die Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen, noch Serbien retten. Während dieser ganzen achtzehn Monate 1915/16 ließ sich nie so recht absehen, mit welchen militärischen Mitteln der Gegner zu besiegen war. Lediglich mit wirtschaftlichen Waffen — mit der Blockade — hofften die Ententemächte schließlich mit der deutschen Macht fertig zu werden. Die Regierung war sich der schwierigen Lage völlig bewußt und hütete sich daher, so etwas wie Friedensverhandlungen ins Auge zu fassen; denn dann lief sie Gefahr, „eine Bewegung in der öffentlichen Meinung“ auszulösen, „die peinlich werden könnte“. Außenminister Delcassé schrieb in einem Privatbrief vom 6. April 1915 an Paul Cambon, Botschafter in London: „Machen Sie keine Pläne für die Zeit nach dem Krieg. Vor allem sprechen Sie nicht davon.“

In diesem allgemeinen Rahmen machten sich zwei Richtungen in der öffentlichen Meinung Frankreichs bemerkbar und begannen, die „*Union sacrée*“ zu erschüttern. Ihre Ziele und ihr Charakter waren jedoch grundverschieden.

Die eine dieser Richtungen kritisierte das Verhalten der Regierung, weil es ihr als zu ängstlich erschien. Sie bedauerte, daß die „Kriegsziele“ nicht offen ausgesprochen und daß die Kriegsanstrengungen nicht kraftvoller betrieben wurden.

Im Mai 1915 erfolgte ein Vorstoß, um die öffentliche Meinung zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Kriegspolitik der Regierung zu bewegen. Maurice Barrès, ein Doktrinär des Nationalismus, der in der Deputiertenkammer zur Gruppe der Rechten gehörte, hatte in politischen Kreisen zwar nur begrenzten Einfluß, genoß aber durch sein literarisches Werk unter den Intellektuellen hohes Ansehen. Er nahm sich intensiv der Frage der Kriegsziele an: Selbstverständlich mußte Frankreich die Rückgabe Elsaß-Lothringens erreichen. Damit aber dürfte es sich nach dem Siege — der vielleicht noch in weiter Ferne liege, aber sicher sei — nicht zufrieden geben: es müsse vielmehr die deutschen Gebiete links des Rheins zurückverlangen, die zwar seit 1815 unter preußischer Herrschaft standen, jedoch — Barrès zufolge — Sympathien für Frankreich bewahrt hatten. Diese Forderung wurde mit Argumenten vertreten, die wohl die Beachtung der Intellektuellen zu finden wußten, jedoch in keiner Weise das Interesse der Massen dafür zu wecken verstanden. Gleichwohl organisierte das „Comité Michelet“ (schon Ende 1914 gegründet), mit der Verbreitung von Flugblättern und Postkarten eine Propagandaaktion, die ein breites Publikum erfassen sollte.

Ohne daß eine direkte Verbindung mit dieser Initiative bestand, erklärte der Generalsekretär der Vereinigung der Hüttenbesitzer (Comité des Forges), Maurice Pernot, zur gleichen Zeit, Frankreich müsse die Annexion des Saarreviers durchsetzen. Er begründete dies ausschließlich mit wirtschaftlichen Argumenten: der Notwendigkeit eines Ausgleichs für die Schäden, welche die Kohlenbecken der Départements Nord und Pas de Calais durch die deutsche Invasion erlitten hätten, sowie einer Zufuhr neuer Kohlereserven an die französischen Eisenhütten zur Aufbereitung des lothringischen Erzes. Die Forderung wurde zum damaligen Zeitpunkt nur in technischen Fachzeitschriften erhoben, sie wandte sich an industrielle Kreise und fand auch Unterstützung bei den Parlamentariern; man versuchte nicht, die Masse der Bevölkerung dafür zu gewinnen.

Indes, diese beiden Initiativen entsprachen in keiner Weise den Erwägungen und Absichten der Regierung. Ministerpräsident Viviani und sein Kabinett wollten daher möglichst vermeiden, daß die Ansichten von Maurice Barrès oder Pernot in der Bevölkerung Widerhall fanden und womöglich Hoffnungen erweckten, die zu Enttäuschungen führen mußten. So erhielt im April 1915 die Presse strenge Weisung, nicht über die Bedingungen des künftigen Friedens zu sprechen. Dabei ließ die Zensur einige Artikel passieren, wenn sie von einem „siegreichen Frieden“ schrieben, der „auf der Gerechtigkeit und dem Triumph des Rechts“ basiere — ohne daß bestimmte Ziele aufgezeigt wurden. Als Briand Viviani ablöste, verschärfte er diese Bestimmungen noch: am 14. Dezember 1915 wurde die Zensurbehörde angewiesen, jeden Artikel zu unterdrücken, der sich positiv oder negativ mit dem Frieden beschäftige, und keine Ausnahme zuzulassen. Am 23. Dezember 1915 erklärte der Ministerpräsident in einer Geheimsitzung des außenpolitischen Ausschusses der Deputiertenkammer, daß er versucht sei, das Wort „Friede“ als „strafbar“ zu betrachten, denn dieses Wort könnte in der öffentlichen Meinung „Verwüstungen anrichten“.

Andererseits äußerten die Parlamentsausschüsse den Wunsch, in bestimmten Fällen über das Oberkommando ein Kontrollrecht auszuüben. Dem Kriegsminister Millerand warfen sie 1915 vor, er räume in Rüstungs- und Wirtschaftsangelegenheiten dem Großen Hauptquartier Initiativen ein, die diesem nicht zuständen. Als im Frühjahr 1916 die deutsche Offensive bei Verdun ihre ersten Erfolge erzielte, scheuten sie nicht mehr davor zurück, die Führung der militärischen Operationen in Zweifel zu ziehen: Warum habe sich das französische Kommando überraschen lassen? Warum waren in diesem Frontabschnitt die Abwehrstellungen nicht besser ausgebaut worden? Diese Kritik richtete sich zwar gegen den General Herr, den für die Befestigungen von Verdun verantwortlichen Kommandanten, und nicht gegen den Oberbefehlshaber; doch wurde sie in den Verhandlungen des Geheimen Ausschusses vom 16. bis 22. Juni 1916 erhoben. In der Öffentlichkeit konnte sie allerdings keine große Resonanz finden, da die der Zensur unterworfenen Presse über diese geheimen Debatten ja nicht berichten durfte, sondern sich auf diskrete Andeutungen beschränken mußte. Eine Untersuchung der öffentlichen Meinung muß sich daher auf eine Analyse der Reaktionen unter den Politikern beschränken.

Weder diese Kritiker noch die oben erwähnten ungeduldigen Stimmen ließen jemals Zweifel aufkommen, daß sie den Krieg bis zum siegreichen Ende führen würden; eine andere Richtung hingegen zog die Notwendigkeit einer Weiterführung des Krieges in Frage, eine „pazifistische“ Richtung also. Aber unter dieser Bezeichnung werden sehr unterschiedliche Mentalitäten und politische Haltungen künstlich unter einen Hut gebracht.

Die erste predigte die Erhebung der Völker, um dem Krieg ein Ende zu machen: ihr Pazifismus verknüpfte sich also direkt mit der Hoffnung auf Revolution. Doch diese Revolutionäre unterschieden sich gründlich voneinander. Die von Lenin beeinflusste „Zimmerwalder“ Richtung wollte zwischen den Völkern Frieden herstellen, um den Weg zum Bürgerkrieg freizumachen, der eine neue Herrschaft und eine neue soziale Ordnung schaffen sollte¹⁷. Die zweite war die anarchistische Richtung. Sie vermied jede doktrinäre Festlegung. Wie die Zimmerwalder proklamierte sie eine totale Opposition gegen den Krieg, verabscheute jedoch autoritäre Lösungen, wie die Bolschewisten sie predigten, und hatte auch kein Mittel parat, dem Kriege unmittelbar ein Ende zu bereiten. Das neue Manifest, das Sébastien Faure im Juni 1916 verbreitete, beschränkte sich auf den Vorschlag, die Arbeiterschaft solle den Kriegführenden eine „eintägige Waffenruhe“ aufzwingen.

Die dritte, zwar pazifistische aber nicht revolutionäre Richtung vertraute, trotz des Versagens der Zweiten Internationale im August 1914, weiterhin dem Sozialismus. Der Zusammentritt eines internationalen Sozialistenkongresses würde einem Verhandlungsfrieden den Weg ebnen, falls alle Kriegführenden sich verpflichteten, die „Rechte der Völker“ zu respektieren, und darauf verzichten würden, Gebiete zu

¹⁷ Über die Zimmerwalder Konferenz ist viel geschrieben worden, als beste Darstellungen gelten derzeit: Olga Hess Gankin und H. H. Fisher, *The Bolsheviks and the World War*, *The Origin of the Third International*, Stanford 1960, und Yves Collart, *Le parti socialiste suisse et l'Internationale 1914-1915*, De l'Union nationale à Zimmerwald, Genf 1969.

annektieren. Dieses Programm vertrat das — im Januar 1916 von Merrheim gegründete — „Comité pour la reprise des relations internationales“.

Tatsächlich fand die Zimmerwalder Richtung — die von der sozialistischen Parteiführung öffentlich mißbilligt worden war (durch einen Beschluß, den die „Humanité“ am 9. November 1915 publiziert hatte) — in Frankreich nur ein sehr schwaches, ja fast bedeutungsloses Echo, wie selbst ihre Anhänger zugeben mußten. Die anarchistische Richtung, die die Polizei sehr beunruhigte, hatte sicherlich viel mehr Anhänger. Sie hatte in gut zwanzig Städten ihre Vorkämpfer und verbreitete auf dem Postwege eine Zeitschrift „Temps Nouveaux“, aber auch Flugblätter und Broschüren, die nicht der Zensur unterworfen waren. Doch da sie jeder organisatorischen Zusammenfassung abhold war, blieb sie in ihrer Wirkungsmöglichkeit beschränkt. Beide Richtungen bauten in ihrer Propaganda vor allem auf die heimliche Verbreitung von Flugblättern. Das „Comité pour la reprise des relations internationales“ hatte eine etwas größere Resonanz¹⁸. Die kleine Gruppe des „Vie ouvrière“, Initiator des Widerstandes gegen die „Union sacrée“, nahm seit Anfang 1915 mit zwei gleichgesinnten Gruppen Verbindung auf, die sich in der Provinz, nämlich im Département Ain (in dem schon genannten Oyonnax) und im Département Haute-Vienne gebildet hatten. Sie war über die Aktivität der Mitglieder der englischen Labour-Partei informiert, die den Eintritt Großbritanniens in den Krieg abgelehnt hatten.

Im April 1915 begann sich diese Protestbewegung in den Gewerkschaftskreisen auszuwirken, obwohl sich der Generalsekretär der CGT der „Union sacrée“ angeschlossen hatte^{18a}. Der Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Merrheim, der gerade von dem Aufruf Liebknechts¹⁹ Kenntnis erhalten hatte, forderte die Metallarbeiter auf, die Regierung zu einem schnellen Friedensschluß zu zwingen, dessen Grundlagen er so skizzierte: Verzicht aller kriegführenden Staaten auf Annexionen, Recht „jedes Volkes“ auf politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, Abrüstung und Einführung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Die Zensur genehmigte die Veröffentlichung dieses Aufrufs in der Zeitung des Verbandes „Union des Métaux“, am 1. Mai 1915 unter der Bedingung, daß die Worte „die Regierung zu zwingen“ („imposer au gouvernement“) wegfielen. Dasselbe Programm wurde im August in einem „Manifest der gewerkschaftlich organisierten Lehrer“ wiederholt, das eine kleine Funktionärsgruppe herausgab. Die Polizeiberichte meldeten Ende 1915 mehrmals, der Verbindungsausschuß der Gewerkschaften des Départements Seine („Comité Confédéral des Syndicats de la Seine“) sei ein Herd pazifistischer Propaganda.

Zur gleichen Zeit begannen diese pazifistischen Tendenzen in der Sozialistischen

¹⁸ Wie am 28. April 1916 einer seiner Hauptfunktionäre erklärte, hatte das „Comité pour la reprise des relations internationales“ 850 Mitglieder.

^{18a} Vgl. A. Kriegel, a. a. O., Kap. IV.

¹⁹ Karl Liebknecht ließ seine Erklärung, warum er in der Reichstagssitzung vom 2. 12. 1914 die Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigerte („Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg...“), als Flugblatt verbreiten.

Partei Fuß zu fassen, nämlich im Kreise ihrer unteren Funktionäre. Die Informanten der Polizei meldeten erste Anzeichen dafür im Frühjahr 1915 in einigen Sektionsversammlungen der Partei in Paris. Ins Gewicht fiel jedoch die Initiative, die von der „Fédération socialiste“ von Haute-Vienne ausging. Am 15. Mai richtete diese Parteiorganisation, deren Motor der Abgeordnete und Bürgermeister von Limoges, Betoulle, war, an den Verwaltungsausschuß der Sozialistischen Partei einen „Bericht“, den sie auch allen anderen Départementsgruppen übersandte. Sie schlug die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien vor und knüpfte hieran kritische Bemerkungen: Der Krieg ziehe sich in die Länge, ohne daß sich ein „entscheidendes Ergebnis“ abzeichne, Frankreich erschöpfe sich. Man müsse deshalb „im Interesse des Sozialismus, der Arbeiterklasse und unseres Vaterlandes ein Ende des Krieges“ wünschen. Die Sozialistische Partei solle deshalb jeden Friedensvorschlag aufgreifen, von wo er auch komme, „vorausgesetzt, daß in den Diskussionsgrundlagen die territoriale Integrität Belgiens und Frankreichs nicht angetastet werde“. Das würde also einen Frieden ohne Sieg („paix blanche“) bedeuten, in dem die Rückforderung Elsaß-Lothringens aufgegeben wäre. Der Bericht mißbilligte ausdrücklich den „Chauvinismus der sozialistischen Journalisten, welche die Zeitung der Partei redigieren“, womit die „Humanité“ gemeint war. Der Verwaltungsausschuß aber erwiderte am 14. Juni, er verwerfe den Gedanken eines „voreiligen Friedens“, der nur ein „Waffenstillstand“ sein könnte; er wolle den Kampf fortsetzen, um die Rückgabe Elsaß-Lothringens und das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchzusetzen, sowie dem „preußischen Imperialismus“ Einhalt zu gebieten.

Doch in den führenden Kreisen der Partei rief der Appell der Gruppe von Haute-Vienne eine Bewegung hervor, die im September und Oktober sich kundzutun begann. Jean Longuet, Enkel von Karl Marx, erklärte, Frankreich müsse sich aus einem Krieg lösen, in den es durch Rußland hineingezogen worden sei. Gleichzeitig aber wies Marcel Cachin in seinen kritischen Kommentaren auf die militärischen und diplomatischen Bemühungen hin. Am 29. Dezember kam es auf dem Nationalkongreß der Partei zu einer Debatte zwischen Longuet, der die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung beenden wollte, und Renaudel, der der „Union sacrée“ treu blieb. Die pazifistische Richtung bildete jedoch nur eine ganz kleine Minderheit: für die von Renaudel vorgeschlagene Tagesordnung stimmten 2759 Teilnehmer, dagegen 72, bei 92 Enthaltungen.

Aber während der Kämpfe um Verdun kam die Auffassung der Minderheit stärker zur Geltung. Merrheim erklärte am 28. März 1916 in einer Sitzung der Seine-Gewerkschaften, daß man versuchen müsse, Frieden zu schließen. Longuet äußerte sich nuancierter: gewiß sei der Friede notwendig, aber er lasse sich nicht „sofort“ herbeiführen, denn das würde ein „hinkender“, ein unsicherer Friede sein. Doch am 9. April erhielt die Minderheit im Nationalrat der Sozialistischen Partei bereits 980 Stimmen gegen 1980.

Im Winter 1915/16 stellten die Polizeibehörden eine Liste von Personen auf, deren Zugehörigkeit zur pazifistischen Bewegung offenkundig war. Diese Liste umfaßte 380 Namen: gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Anarchisten, einige

Funktionäre der Lehrgewerkschaft, eine Anzahl Journalisten, sowie Ausländer (an ihrer Spitze Trotzki). Sie verzeichnete zu diesem Zeitpunkt kein Mitglied der Universität und auch kein Mitglied der „Liga der Menschenrechte“. Welchen Umfang dürfte die Bewegung im Herbst 1916 gehabt haben? Beim derzeitigen Forschungsstand ist er noch nicht abzuschätzen. Doch lassen die polizeilichen Versammlungsberichte vermuten, daß er sehr begrenzt war. Trotzdem bereitete die Bewegung der Regierung Sorge: am 6. Dezember befahl ein Rundschreiben des Innenministers den Präfekten, eine strenge Überwachung der Pazifisten vorzunehmen und, wenn es Beamten seien, deren Betätigung dem Minister mitzuteilen, dem sie unterständen.

Hatte diese pazifistische Agitation damals irgendwelchen Einfluß auf die Haltung der Massen? Nach dem gegenwärtigen Stand der Forschungen besteht kein Grund für eine solche Annahme²⁰. Nur über die Stimmung in Paris sind wir zuverlässig informiert durch die Berichte des Polizeipräfekten an das Innenministerium aus dem zweiten Halbjahr 1915. Diesen Berichten zufolge zeigten sich bei einem Teil der Bevölkerung — nämlich dem, der nicht in Rüstungsbetrieben arbeitete, wo die Löhne erhöht worden waren — Zeichen von Unzufriedenheit und Niedergeschlagenheit. Die Hauptursache dieser Mißstimmung war jedoch das Ansteigen der Lebensmittelpreise. Man übte Kritik an der Regierung, weil sie hier keine wirksame Abhilfe geschaffen habe. Die Polizeibeamten, die auf öffentlichen Plätzen — hauptsächlich auf Märkten — Notizen über Gespräche machten, haben aber festgestellt, daß die militärische Lage zu jener Zeit (nämlich nach dem Scheitern der Champagne-Offensive) keinen Anlaß zu pessimistischen Kommentaren gebildet hat. Daß die französischen Armeen außerstande waren, die russische Armee zu entlasten, schien die Bevölkerung nicht weiter aufzuregen. Nur im Frühsommer 1916, nach der schweren Prüfung von Verdun, meldeten die Präfekturberichte aus mehreren Gegenden eine gedrückte Stimmung, die aber bald wieder verschwand, als die Nachrichten von der Front besser wurden. Nach zwei Jahren Krieg war also die Moral der Bevölkerung offenbar nicht ernstlich erschüttert.

III

Ab Juni 1916 wird in Land- und Seekrieg ein Wandel spürbar. Zum ersten Mal ergreifen die Heere der Entente die Initiative; sie unternehmen große, zeitlich koordinierte Offensiven, die sie im Frühjahr 1917 fortzusetzen gedenken. Die deutsche Oberste Heeresleitung glaubt nicht mehr an eine Entscheidung zu Lande und sucht ihr Heil im „uneingeschränkten“ U-Bootkrieg. Doch zuvor, im Dezember, hält sie es für zweckmäßig, ein Verhandlungsangebot zu machen, dem der Vermittlungsvorschlag des amerikanischen Präsidenten Wilson unerwartete Perspek-

²⁰ Die Polizeidienststellen, die — laut Präfekturberichten — Nachrichten über die Tätigkeit der Pazifisten sammelten, stellten für das ganze Jahr 1915 und in ganz Frankreich 52, größtenteils unbedeutende Fälle fest. In der ersten Hälfte des Jahres 1916 stieg die Zahl auf 77. Es war also offenbar eine sehr begrenzte Bewegung. Dennoch mußte man regionale Untersuchungen anstellen und die Archive der Départements heranziehen.

tiven eröffnet. Doch diese Friedenschritte offenbaren zugleich die tiefgreifenden Unterschiede in den Kriegszielen beider Seiten.

In diesen Rahmen muß man die Tätigkeit der „pressure groups“²¹ stellen, die im Laufe des Winters 1916/17 die französische öffentliche Meinung zu beeinflussen suchten.

Die „nationalistische“ Tendenz hatte sich in den politischen Kreisen bereits im Sommer 1915 anlässlich der Diskussion um die Kriegsziele²² geltend gemacht. Nach einer von der Zensur befohlenen Pause des Schweigens trat sie nun wieder hervor und fand viel größeren Anklang als bisher. Die Rückforderung des Rheinlandes wurde von Maurice Barrès und der „Patriotenliga“ wieder aufgegriffen; sie wurde vom „Comité Michelet“, dem einige Universitätslehrer, Journalisten und Politiker angehörten, und von der „Ligue de la guerre d'appui“ („Liga zur Unterstützung des Krieges“), einer Gruppe der „Action française“, unterstützt. Neu aber war namentlich die Haltung des rechten Flügels der Radikalsozialistischen Partei²³, von der mehrere Mitglieder — darunter als wichtigstes der Präsident des Senats, Antonin Dubost, — die Kampagne förderten. Auch der Präsident der Republik setzte sich zu wiederholten Malen in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten für diese Rückforderung ein²⁴. Obwohl die Regierung den Zensurbehörden „empfahl“, die Publikation von Artikeln über die Rheinlandfrage zu bremsen, ließ sie der Kampagne doch ihren Lauf, die sich nun nicht nur in der Presse der Rechten äußerte, sondern, wenngleich in anderer Form, auch in bestimmten radikalsozialistischen Zeitungen, besonders in „Le Rappel“ und in „Le Matin“, einer Zeitung mit großer Auflage. Nach den „Friedensfühlern“ vom Dezember 1916 entschloß sich der Ministerpräsident — Aristide Briand nämlich —, seinen Verbündeten die Rückforderung des Rheinlandes mitzuteilen, und bekräftigte sie in feierlicher Form durch das französisch-russische Geheimabkommen vom 14. Februar/10. März 1917. Doch der Öffentlichkeit war dieses Verhalten der Regierung unbekannt, denn am 14. Dezember hatte die Zensurbehörde die Anweisung erhalten, „nichts über unsere Kriegsziele veröffentlichen zu lassen“. Erst vier Monate später sollte die Existenz des Abkommens bekanntwerden.

Auf der anderen Seite erhielten die pazifistischen Tendenzen spürbaren Auftrieb. Zum Ausdruck kam dies namentlich in drei Organisationen:

Das „Comité d'études documentaires et critiques sur la guerre“, das am 23. Januar 1916 von Mathias Morhardt, einem höchst aktiven Mitglied der „Liga für

²¹ Über die „pressure groups“ und ihre Aktivität vgl. die Arbeit von J. Meynaud, *Les groupes de pression en France*, Paris 1962, die zwar eine spätere Periode behandelt, in ihren allgemeinen Gesichtspunkten aber auch für die Darstellung der Vorgänge von 1917 nützlich ist.

²² Vgl. oben Seite 248.

²³ Die französische radikalsozialistische Partei der Dritten Republik war eine bürgerliche Partei mit ideologischer Tendenz nach links; vgl. *Partis politiques et classes sociales en France*, hrsg. von Maurice Duverger, Paris 1955 (*Cahiers de la Fondation nationale des Sciences politiques*, No. 74).

²⁴ Siehe dazu meinen Aufsatz: *Die Kriegsziele der französischen Regierung 1914–1918*, in: *Geschichte in Wissenschaft u. Unterricht*, 17 (1966), S. 129–158.

Menschenrechte“, gegründet worden war, wollte vor allem die Ursachen des Krieges untersuchen. Seine Anhänger bemühten sich nachzuweisen, daß es falsch sei, Deutschland die alleinige Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges zuzuschreiben. Nach ihrer Meinung fiel auch dem Präsidenten der Französischen Republik, Raymond Poincaré, ein Teil dieser Verantwortlichkeit zu. Sobald man die ausschließliche Schuld des „deutschen Militarismus“ in Zweifel zog, wurde man auch dem Gedanken eines Verhandlungsfriedens zugänglich. Doch die Vereinigung enthielt sich — im Einklang mit ihrer Satzung — einer organisierten pazifistischen Propaganda, denn sie wollte Frankreich nicht „schwächen“.

Die „Amis de Ce qu'il faut dire“ waren eine Anarchistengruppe unter der Führung von Sébastien Faure. Die unter diesem Titel („Ce qu'il faut dire“²⁵) herausgegebenen Hefte, die nach Auskunft der Polizei eine Auflage von ca. 20000 Exemplaren erreichten, hatten nicht nur unter einer strengen Zensur zu leiden, sondern häufig auch an Geldmangel. Die Gruppe hielt in Paris zahlreiche Versammlungen ab, die aber sehr schwach besucht waren.

Das „Comité pour la reprise des relations internationales“ seinerseits wollte die Verbindung zu den ausländischen sozialistischen Parteien wieder aufnehmen, selbst zu denen feindlicher Länder, um den „Völkerfrieden“ anzubahnen; es übernahm teilweise das Zimmerwalder Programm, nämlich die Forderung nach Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“, aber nicht dessen Hauptbestandteil, die revolutionäre Idee. — Doch alle diese Gruppen hatten nur eine ziemlich schwache Ausstrahlungskraft.

Was sehr viel mehr ins Gewicht fiel, war das rasche Anwachsen der Minderheitsgruppe, der „minoritaires“, im Schoße der Sozialistischen Partei. Bei der Sitzung des Nationalrates im April 1916 hatten sie ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt²⁶. Auf dem Parteikongreß im Dezember machten zwei Abstimmungen ihren Fortschritt deutlich: 1407 Delegierte (gegenüber 1537) stimmten für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den sozialistischen Parteien der Feindstaaten; und 1372 (gegenüber 1637) forderten den Austritt der Sozialisten aus der Regierung. Wohl war die Minderheit noch einmal in Schach gehalten worden, aber sie hatte sich doch innerhalb der Partei eine Stellung geschaffen, die sie hoffen lassen konnte, bald die Mehrheit zu werden. In der Parteiorganisation des Seine-Départements hatten sie seitdem jedenfalls eine beherrschende Stellung. Aber auch diese Anhänger eines Verhandlungsfriedens verzichteten nicht alle auf die Rückforderung Elsaß-Lothringens; ihr aktivster Wortführer, Jean Longuet, bestand jedenfalls darauf, mit der Einschränkung, daß die Elsaß-Lothringer in einer Volksabstimmung selbst ihrem Willen Ausdruck gäben.

Zu gleicher Zeit begann sich auch unter den bürgerlichen Intellektuellen eine pazifistische Strömung geltend zu machen. Am 1. und 2. Dezember 1916 fand der Kongreß der „Liga für Menschenrechte“²⁷ — mit 250 Delegierten der einzelnen Orts-

²⁵ Wörtlich: „Was gesagt werden muß“.

²⁶ Siehe oben Seite 251.

²⁷ Es existiert ein Rechenschaftsbericht des Kongresses, der 1917 veröffentlicht wurde.

gruppen — statt. Ihm wurde ein von dem jungen Philosophieprofessor und Sekretär des „Comité d'études documentaires et critiques“, Michel Alexandre, formulierter und von zwei bekannten Pazifisten, Frau Séverine und Mathias Morhardt, unterzeichneter Antrag vorgelegt. Man dürfe, so hieß es darin, nicht versuchen, dem Gegner eine „bedingungslose Kapitulation“ aufzuzwingen; um von Dauer zu sein, müsse der Frieden „auf ein unanfechtbares Urteil, also auf einen Schiedsspruch, gegründet werden“, er dürfe nicht das Ergebnis eines militärischen Sieges sein. „Ja oder Nein“, so fragte Alexandre die Anwesenden, „wollen Sie einen Krieg bis zum Äußersten, oder sind Sie damit einverstanden, daß der Konflikt ein Ende nimmt, sobald der Gegner Lösungen akzeptiert, die dem Recht entsprechen?“

Der Antrag wurde von bedeutenden Mitgliedern der Liga bekämpft, namentlich von Théodore Ruysen, welcher vor 1914 der internationalen pazifistischen Bewegung eng verbunden gewesen war. Ehe von Schiedsspruch die Rede sein könne, so meinte Ruysen, müsse man siegen; im übrigen laufe ein Schiedsspruch auf einen „Vergleich“ hinaus, und das würde genügen, einer solchen Idee mit Mißtrauen zu begegnen. Wohl aber müsse die Liga für Menschenrechte „Eroberungs- und Zerstückelungspläne“ verwerfen und dürfe nur die „rechtmäßigen Rückerstattungen“ vertreten (d. h. Elsaß-Lothringens und wohl auch das Trentino). Der Hauptreferent, Gabriel Séailles, Professor der Pariser rechtswissenschaftlichen Fakultät, erklärte demgegenüber, der Krieg müsse ohne Schranken fortgeführt werden; einen Schiedsspruch anzustreben, heiße die „unterdrückten Völker“ — Österreich-Ungarns zum Beispiel — ihrem Schicksal überlassen. Der Präsident der Liga, Ferdinand Buisson, betonte, daß der Vorschlag Alexandres mit der „Würde Frankreichs“ und „mit der Menschenwürde unvereinbar sei: Frankreich dürfe seine Gegner nicht im Besitz von Pfändern belassen, die sie dazu benutzen wollten, Europa ihre Herrschaft aufzuzwingen“.

Die abschließende Resolution (die größtenteils die Vorschläge Ruysens enthält und ausdrücklich die Rückforderung Elsaß-Lothringens erwähnt) wurde bis auf zwei Stimmen einmütig angenommen. Allerdings verzeichnet das Protokoll nicht die Zahl der Stimmenthaltungen, ein Polizeibericht schätzte sie immerhin auf ein Drittel der Anwesenden. Als kurz danach Alexandre seinen Vorschlag in Form eines Alternativantrags wiederaufnahm, erhielt er jedoch nur 30 Stimmen.

Über das Anwachsen der pazifistischen Strömung berichtet eine umfangreiche²⁸ Studie, die am 1. Januar 1917 von der Leitung der Sûreté générale dem Innenministerium unterbreitet wurde. Dieser Bericht analysierte Informationen, die man über die Gewerkschaftskreise, die Sozialisten, die Anarchisten, die Lehrer, die „Intellektuellen“ und die nach Paris geflüchteten russischen Revolutionäre gesammelt hatte. Die pazifistische Propaganda, so heißt es, sei eine Fortsetzung der antimilitaristischen Propaganda aus der Zeit vor 1914, von denselben Leuten betrieben, die eine Niederlage Frankreichs kalt lasse und die entschlossen seien, für die Nachkriegszeit eine soziale Revolution vorzubereiten. Und da die pazifistischen Versammlungen

²⁸ 137 Schreibmaschinenseiten.

immer zahlreicher²⁹ würden, sei es notwendig, so schließt der Autor der Studie, sofort Unterdrückungsmaßnahmen zu ergreifen: nämlich die angeblich rein fachlichen geschlossenen Versammlungen zu verbieten und den Druck pazifistischer Flugblätter zu verhindern³⁰.

Die Mängel dieses Berichts waren offenkundig. Die Polizeidienststellen warfen die verschiedenartigen Formen des Pazifismus in einen Topf: den „revolutionären“ Pazifismus der Zimmerwalder, den doktrinären Pazifismus und den „opportunistischen“ Pazifismus derer, die in Anbetracht der Gesamtlage und des Kräfteverhältnisses der Kriegführenden einen Verhandlungsfrieden befürworteten, bei dem Frankreich die meisten oder alle seine Kriegsziele aufgab. Vielleicht ist dies der Grund, warum der Innenminister Malvy das Papier unbeachtet ließ. Auf jeden Fall machte er sich dessen Schlußfolgerungen nicht zu eigen. Von Zeit zu Zeit aber wurde jetzt gegen Verteiler pazifistischer Flugblätter eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet. So verurteilte im März 1917 die 10. Strafkammer des Départementgerichts Seine drei Anarchisten. Alle drei hatten erklärt, der Krieg sei von „gewissen Finanz- und Industriemagnaten“ angezettelt worden und der Präsident der Republik, Raymond Poincaré, sei mitschuldig hieran. Das Gericht verurteilte zwei der Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis, den dritten zu sechs Monaten. Die Verurteilten riefen „À bas la guerre!“. Von seiten des Publikums, das der Verhandlung beiwohnte, kam es zu keinem Zwischenfall.

Die aktiven Pazifisten waren sich ihrer begrenzten Wirkungsmöglichkeiten durchaus bewußt. Bei einer Versammlung der „Amis de Ce qu'il faut dire“ im 2. Arrondissement in Paris (die 21 Anwesende zählte) schlug einer der Teilnehmer eine neue Methode vor, wie man die Regierung zur Beendigung des Krieges zwingen könne: es würde genügen, die in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Frauen zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Ein anderer erklärte diese Methode jedoch für undurchführbar: die Frauen ständen den neuen Ideen noch zu ablehnend gegenüber. Im übrigen sei jede „Propaganda durch die Tat“ eine „Utopie“, denn sie würde der Regierung nur den Vorwand liefern, die Aktivisten einzusperren und die Versammlungen zu unterdrücken. Kurzum, diese Aktivisten mußten sich ihre Ohnmacht eingestehen.

Wie weit ging nun die Anteilnahme der Masse der Bevölkerung an den Sorgen und Aktivitäten der Politiker und der Arbeiterführer? Die Berichte der Pariser Polizeipräfektur gestatten in dieser Hinsicht zwei generelle Feststellungen: Einerseits wurden die Anzeichen von Überdrüssigkeit immer häufiger, nicht nur infolge der seelischen Belastungen, denen die Familien der Eingezogenen ausgesetzt waren, sondern auch wegen der Versorgungsschwierigkeiten bei Kohle und Lebensmitteln und wegen der Preissteigerungen. Die Streikbewegungen, die im Januar 1917 in der Rüstungsindustrie um sich griffen, zielten auf eine Lohnerhöhung ab. Poli-

²⁹ Im Februar 1917 allein 22 Versammlungen in vierzehn Tagen, laut Feststellung des allgemeinen Nachrichtendienstes.

³⁰ Die Polizei besaß eine Liste der Druckereien in der Pariser Region, die sich dieser Arbeit widmeten; es waren durchweg kleine Betriebe.

schen Charakter hatten sie nach den Feststellungen der Nachrichtenabteilung des Generalstabs nicht³¹. Andererseits zeigte die Masse im Februar keinerlei Beunruhigung über den deutschen U-Bootkrieg. Sie schien sich nicht darüber klar zu sein, daß die Verluste der Handelsmarine sich auf die Versorgungslage unmittelbar auswirken konnten. Hinsichtlich der militärischen Operationen war sie optimistisch: die für das Frühjahr 1917 geplante Generaloffensive der alliierten Armeen erweckte große Hoffnungen.

Die Berichte der Kommissionen der Postkontrolle, die gerade in sieben Départements eingerichtet worden war, ergaben ein sehr ähnliches Bild. Überall standen die Klagen über die Lebensmittelversorgung im Vordergrund, zumal der Winter sehr streng war und das Erfrieren des Wintergetreides die Ernte schwer zu schädigen drohte. Die Auswirkungen auf die Stimmung waren jedoch örtlich verschieden: während z. B. in Château-Thierry die Bevölkerung „heiß den Frieden ersehnte“, sprach in Chaumont „niemand von Frieden“. Doch überall sah die Zivilbevölkerung vertrauensvoll der nächsten großen Offensive entgegen.

Was nun die Stimmung der kämpfenden Truppe angeht, so hatte das Oberhauptquartier erstmals im Juni 1916 in einzelnen Einheiten „Anzeichen von Überdruß und Entmutigung“ festgestellt. Joffre machte in einem Bericht an das Kriegsministerium dafür den unheilvollen Einfluß verantwortlich, den „gewisse Zügellosigkeiten der Presse“ und gewisse „politische Polemiken“ ausübten, deren Echo die Zeitungen „bis in die Kampflinien“ hineintrügen³².

Bis zu diesem Zeitpunkt gab er der pazifistischen Propaganda nicht die Schuld. Im Oktober und November 1916 hingegen wies der Nachrichtendienst der Armeen in zwei großen Berichten auf diese Propaganda hin, „die sich organisieren und verstärken“; und die Verbindungsoffiziere meldeten dem Präsidenten der Republik einen „schlechten Geist“ im Heeresbereich, namentlich beim Landsturm³³. Der neue Oberkommandierende, Nivelle, verurteilte jene Propaganda scharf in einem Brief an das Kriegsministerium vom 28. Januar 1917. Einige Tage darauf stellte er „in einer großen Zahl von Einheiten eine wenig befriedigende Moral“ fest. Die Stimmung besserte sich jedoch, als die deutschen Truppen am 24. Februar und 12. März „vorsorgliche Frontbegradigungen“ vornahmen. Nunmehr schenkte der Großteil der kämpfenden Truppe den Versicherungen Nivelles, daß man die deutsche Front durchbrechen werde, Vertrauen. Nur einige Generale hegten Zweifel daran, die aber nie öffentlich Ausdruck fanden. Der beherrschende Zug der französischen öffentlichen Meinung in dieser Phase war also die hartnäckige Hoffnung auf einen Erfolg der großen Frühjahrsoffensive, von der fast alle, Zivilisten wie Militärs, entscheidende Ergebnisse erwarteten.

³¹ Die einzige Ausnahme schien der Streik in den Rüstungswerken in Roanne im März 1917 gewesen zu sein, der von Kundgebungen gegen den Krieg begleitet war.

³² Guy Pedroncini, *Les mutineries de 1917*, Paris 1967, S. 27 und S. 41–46. Die Polemik war auf die Kritik zurückzuführen, die einige Parlamentsmitglieder gegen die Operationsführung und die Methoden des Oberkommandos richteten.

³³ Raymond Poincaré, *Au service de la France, Neuf années de souvenirs*, Paris 1926, Bd. IX, S. 14.

IV

Im März-April 1917 bekam der Krieg durch die russische Revolution und den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ein ganz neues Gesicht. Doch die Konsequenzen dieser beiden Ereignisse zeigten sich nicht auf Anhieb. Vorerst war das bestimmende Moment der Lage die Tatsache, daß weder die eine noch die andere Seite mit den Waffen einen entscheidenden Vorteil erringen konnte: die große französisch-britische Offensive scheiterte am 16. April. Der deutsche U-Bootkrieg erzielte, nach beachtlichen Erfolgen, ab Mai nicht mehr die von seinen Urhebern erwarteten Resultate. Im Laufe des Sommers wurde daher der Gedanke an Frieden offen ins Spiel gebracht: im Juni durch den Sozialistenkongreß in Stockholm, im Juli durch die Friedensresolution des Reichstages und im August durch die Papstnote an die Kriegführenden. Alle diese Versuche scheiterten. Anfang November aber stellte der bolschewistische Staatsstreich in Rußland Europa vor ein besonderes Ereignis — die Geburt eines sozialistischen Staates, der die Absicht verkündete, Frieden zu machen. Wie reagierte die öffentliche Meinung Frankreichs hierauf angesichts der letzten Enttäuschungen und der neuen Aussichten, die sich da abzeichneten?

Die entscheidende Frage dieser Tage stellte, bei einer Aussprache in einer Geheim Sitzung der Deputiertenkammer am 2. Juni, der ehemalige Minister Augagneur³⁴: Sollte Frankreich, das seit fast drei Jahren die Hauptlast der Kriegführung im Westen trage und erhebliche Opfer an Menschenleben gebracht habe, angesichts der vermutlichen Paralysisierung des russischen Heeres und der langen Zeitspanne, welche die Aufstellung einer amerikanischen Armee benötigen werde, nicht daran denken, eine Gelegenheit zum Friedensschluß wahrzunehmen, auch unter Verzicht auf den größten Teil der „Kriegsziele“ des französisch-russischen Geheimabkommens vom Februar/März³⁵? Über diesen entscheidenden Punkt bestand freilich in den Kreisen, die die öffentliche Meinung bestimmten oder zu bestimmen glaubten, keine einheitliche Auffassung mehr.

Es gab einmal Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierung. Als Alexandre Ribot³⁶ am 20. März Ministerpräsident geworden war, hatte er in seiner Regierungserklärung jeden Eroberungsgedanken von sich gewiesen, obgleich der Präsident der Republik ihn ausdrücklich gebeten hatte, nichts dergleichen zu tun. Ribot hielt zwar die Forderung nach Rückgabe Elsaß-Lothringens aufrecht, die „keine Annexion“ sei, beschränkte sich im übrigen aber darauf, auf „notwendige Garantien gegen eine künftige Aggression“ anzuspielden, ohne näher zu präzisieren, was er darunter verstand. Als Paul Painlevé³⁷ am 15. September Ribots Nachfolger wurde,

³⁴ Jean Victor Augagneur, Radikalsozialist, 1914/15 Marineminister.

³⁵ Dieses Abkommen war nach dem Sturz des Zaren publik gemacht worden.

³⁶ Alexandre Ribot, liberaler Politiker, hatte im August 1914 das Finanzministerium übernommen.

³⁷ Paul Painlevé, radikalsozialistischer Abgeordneter, Oktober 1915 – Dezember 1916 Unterrichtsminister, März–November 1917 Kriegsminister, September–November 1917 gleichzeitig Ministerpräsident.

ging er über diese „notwendigen Garantien“ stillschweigend hinweg; vielleicht meinte er sogar, Frankreich werde Deutschland Indo-China und Madagaskar anbieten müssen, um die Rückgabe Elsaß-Lothringens zu erreichen³⁸.

Es gab ferner Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, und zwar zwischen den beiden wichtigsten in diesem im Mai 1914 gewählten Parlament, den Sozialisten und den Radikalsozialisten:

In der Sozialistischen Partei, die in der Deputiertenkammer 102 Sitze hatte, ging die Auseinandersetzung über die Beteiligung an der Regierung zwischen der Mehrheit³⁹ und ihren Gegnern weiter. Sie verschärfte sich, als die provisorische russische Regierung vorschlug, in Stockholm eine internationale Sozialistenkonferenz abzuhalten — die einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen durchsetzen sollte — und als in der Folge die französische Regierung den sozialistischen Delegierten die Pässe verweigerte. Verwaltungsausschuß und Nationalrat der Partei gaben innerhalb dreier Tage einander entgegengesetzte Erklärungen ab. Am 4. Juni war die Mehrheit der Parlamentsfraktion der „Union sacrée“ treu geblieben, Anfang August jedoch stimmten zwei Drittel der sozialistischen Abgeordneten gegen die Regierung. Am 7. September beschloß die Fraktion den Austritt aus der Regierung. Die „Union sacrée“ war damit zerbrochen. Ausschlaggebend dafür war nicht nur die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sozialisten der Feindstaaten, sondern auch die elsäß-lothringische Frage: die Mehrzahl der Sozialisten war dafür, daß die Rückgabe erst *nach einer Volksabstimmung* stattfinden sollte, während die Regierung diese Bedingung rundweg ablehnte. In keiner Phase dieser Auseinandersetzung dachte die Sozialistische Partei jedoch daran, die Kriegskredite zu verweigern⁴⁰.

In der Radikalsozialistischen Partei, die bei den Wahlen 1914 136 Sitze in der Deputiertenkammer erhalten hatte, prallten die Gegensätze heftig aufeinander, bis am 22. Juli Clemenceau, der Vorsitzende des Ausschusses für Heeresangelegenheiten, in einer Senatssitzung den Innenminister Malvy wegen seiner Passivität gegenüber der wachsenden pazifistischen Propaganda angriff und ihm Liebedienerei gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären und sogar den Anarchisten vorwarf. Fünf Wochen später wurde Malvy zum Rücktritt gezwungen. Noch schwerer wogen jedoch die Schwankungen und Meinungsverschiedenheiten, die, wenn auch nicht in öffentlicher Debatte, so doch bei Gesprächen in den Wandelgängen der Kammer hinsichtlich der Frage „Krieg oder Frieden“ zutage traten. Im Juni 1917 übergab ein französischer Politiker⁴¹, der seit 1915 der deutschen Gesandtschaft in Bern Nachrichten lieferte, dieser eine Liste von Parlamentariern, die nach seiner Angabe für einen „paix blanche“ eintraten, also auf Elsaß-Lothringen verzichten wollten; sie umfaßte etwa 60 radikalsozialistische Abgeordnete. Sicher war der Wert dieser

³⁸ Vgl. meinen in Anmerkung 24 genannten Aufsatz.

³⁹ Vgl. oben, S. 251, 254.

⁴⁰ Ein diesbezüglicher Antrag, der am 6. Oktober von Brizon auf dem Sozialistenkongreß gestellt wurde, wurde mit 2300 gegen 385 Stimmen verworfen.

⁴¹ Die derzeit bekannten Dokumente enthalten seinen Namen nicht.

Information recht zweifelhaft. Sie besaß dennoch einige Wahrscheinlichkeit, da nach dem Zeugnis des Präsidenten der Republik die Minister im November (nach der bolschewistischen Revolution) „übereinstimmend erklärten, daß ein Drittel der Kammerabgeordneten für Frieden sei und es nur nicht wage, dies offen zuzugeben“. Mittelpunkt dieser Friedensbestrebungen war Joseph Caillaux⁴². Als schließlich im September jene „Verratsaffären“ aufkamen, durch die Parlamentarier und hohe Beamte in Prozesse verwickelt wurden, war der erste Angeklagte, Turmel, ein Mitglied der radikalsozialen Partei. Und die unbegründeten Anklagen, die der politische Polemiker Léon Daudet gegen Malvy erhob, leisteten einer „antiparlamentarischen“ Kampagne Vorschub, deren Zielscheibe die Radikalsozialisten waren.

Uneinigkeit zeigte sich endlich auch in Organisationen und geistigen Zentren, die auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen pflegten.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage spielten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände eine wichtige Rolle. Die immer größer werdende Spanne zwischen den gestiegenen Lebenshaltungskosten und dem Lohnniveau⁴³ führte seit Mai in ganz Frankreich zu umfangreichen Streikbewegungen. Diese Streiks waren häufig spontan, doch die Gewerkschaftsführer bekamen sie schnell in Griff. Hatte die Bewegung politische Ziele? Im Frühjahr glaubten die Oberstaatsanwälte, die sie zu überwachen hatten, noch, daß es in den meisten Fällen nur um die Frage der Löhne gehe. Im Herbst 1917 jedoch wurde die Rüstungsindustrie in gefährlicher Weise von Streikbewegungen getroffen, die revolutionären Charakter hatten — was vor allem für die großen Streiks von St. Etienne gilt. Hoffte die CGT etwa, die Regierung zwingen zu können, Frieden zu schließen? In Wirklichkeit war sie selbst schwer zerstritten. Der Generalsekretär Léon Jouhaux wollte „im Rahmen der Vertretung der Arbeiterinteressen bleiben“⁴⁴. Merrheim jedoch, der bereits wiederholt genannte Sekretär des Metallarbeiterverbandes, führte einen politischen Kampf gegen die Regierung, förderte die pazifistische Bewegung und griff gleichzeitig Jouhaux an. Das im August gegründete „Comité de défense syndicaliste“ war Ausdruck dieser Richtung. Auf der Gewerkschaftskonferenz im November 1917 aber gelang es den „minoritaires“ der CGT nicht einmal, die von ihnen vorbereitete Tagesordnung zur Abstimmung zu bringen. Die Mehrheit bekundete ihre Entschlossenheit, die Kriegsanstrengungen fortzusetzen, ohne indes eine Anspielung auf Elsaß-Lothringen für zweckmäßig zu halten.

Auch der französische Episkopat war geteilter Meinung. Er hatte allerdings in politischer Hinsicht nur einen sehr begrenzten Einfluß. Wohl aber vermochte er auf einen Teil der Landbevölkerung einzuwirken. Die päpstliche Note an die Oberhäupter der kriegführenden Staaten, die am 16. August 1917 veröffentlicht wurde, bot Gelegenheit festzustellen, in welchem Sinne sich diese Einwirkungsmöglichkeit

⁴² Joseph Caillaux, 1911/12 Ministerpräsident, 1915/14 Finanzminister, galt als deutschfreundlich und trat seit 1911 für eine Verständigung mit Deutschland ein.

⁴³ Außer in der Rüstungsindustrie.

⁴⁴ Vgl. Bernard Georges und Denise Tintant, Léon Jouhaux, Cinquante ans de syndicalisme, Paris 1962, Bd. I, S. 191.

geltend machte. Benedikt XV. trat für einen Kompromißfrieden ein; er erwähnte das elsäß-lothringische Problem nicht direkt, sondern begnügte sich mit der Anregung, die zwischen Deutschland und Frankreich „strittigen Territorialfragen“ sollten „in versöhnlichem Geiste geprüft“ und „die Wünsche der Völker nach Maßgabe der Gerechtigkeit und des Möglichen berücksichtigt“ werden. Die französische Presse erklärte jedoch fast einstimmig — das Organ der sozialistischen Minderheit, das „Journal du Peuple“ war eine der wenigen Ausnahmen —, daß diese Note keine Verhandlungsgrundlage bilden könne, weil sie die deutsche Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und für die Verletzungen des Völkerrechts während des Krieges mit Stillschweigen übergehe und weil sie Frankreich nicht das Recht zuerkenne, die vollständige Rückerstattung Elsaß-Lothringens zu erhalten. Welcher Art war nun die Stellungnahme der französischen Bischöfe zu diesem Problem?⁴⁵ In den in Frage kommenden 70 Diözesen⁴⁶ billigten nur elf Bischöfe ausdrücklich die Initiative des Papstes. Alle anderen kritisierten sie mehr oder weniger offen oder zogen vor, sie mit Stillschweigen zu übergehen. Im ganzen genommen stand die höhere Geistlichkeit wie schon vor 1914 in ihrer großen Mehrheit dem Nationalismus sehr viel näher als den pazifistischen Ideen.

Was die Bedeutung der Freimaurer angeht, so kann man sie nicht nach der Zahl ihrer Mitglieder bemessen, die 40 000 kaum überschritt. Ihr Einfluß im Parlament war stark, denn sie hatten in ihm, namentlich unter den Radikalsozialisten und den Sozialisten, zahlreiche Anhänger und waren in jeder Regierung in beachtlichem Maße vertreten⁴⁷. Doch sie verlangten von ihren Mitgliedern lediglich die Vertretung des laizistischen Prinzips. In der Frage „Krieg oder Frieden“ hatten sie keine einheitliche Meinung. Der Präsident des „Grand Orient de France“, Corneau, war ein erklärter Verfechter des Krieges „bis zum Sieg“. Auf dem interalliierten Freimaurerkongreß Ende Juni 1917 brachte der französische Berichterstatter, der Abgeordnete André Lebey, eine Resolution durch, welche die Rückgabe Elsaß-Lothringens, die Wiederherstellung Polens, die Unabhängigkeit Böhmens und die „Befreiung“ aller Völker Österreich-Ungarns, die Abtretung des Trentinos und Triests an Italien sowie die Bildung eines südslawischen Staates vorsah. Das waren sehr weitreichende Kriegsziele, die jedoch sämtlich das Nationalitätsprinzip zur Grundlage hatten und weder die Saar noch das linke Rheinufer erwähnten. Aber die einzelnen Logen, die häufig über Friedensbedingungen diskutierten, billigten nicht alle dieses Programm. Tatsächlich fand man Freimaurer sowohl unter den Annexionisten des „Comité de la rive gauche du Rhin“ wie in der sozialistischen Minderheitsgruppe.

Die „Liga der Menschenrechte“, deren Präsident Ferdinand Buisson und zahl-

⁴⁵ Vgl. dazu meinen Aufsatz: *L'Épiscopat français devant l'Offre de paix du Saint-Siège*, in: *Mélanges offerts à G. Jacquemyns*, Brüssel 1968.

⁴⁶ Die Diözesen in den besetzten Gebieten sind ausgenommen.

⁴⁷ Das Kabinett Briand zählte acht Freimaurer, ebenso das Kabinett Ribot. Das Kabinett Painlevé hatte fünfzehn, das Kabinett Clemenceau acht (jeweils die Minister und die Staatssekretäre mitgerechnet).

reiche Mitglieder zu den Freimaurern gehörten, hatte ja schon Ende 1916 ihre Uneinigkeit zur Schau gestellt⁴⁸. Die „pazifistische“ Richtung in ihr bildete damals nur eine kleine Minderheit; sie machte jetzt aber merkliche Fortschritte. Am 1. April 1917 veranstaltete die Liga in Paris im Städtischen Gymnasium an der Avenue Jean-Jaurès eine große öffentliche Versammlung, die 6000 Teilnehmer zählte⁴⁹. Die Pazifisten waren dabei so zahlreich vertreten, daß sie die „Mehrheits“-Sozialisten und den Generalsekretär der CGT am Sprechen hindern konnten. Zum Schluß verwandelte sich die Versammlung — allen Bemühungen der Vorsitzenden der Liga zum Trotz — in eine Kundgebung gegen den Krieg. Im Oktober, auf einer Konferenz in Nîmes, waren sich aber auch die Vorsitzenden nicht mehr einig. Einer von ihnen, Victor Basch, gab offen dem Wunsch nach Frieden Ausdruck.

Die wirtschaftlichen Interessenverbände schließlich schienen weder in Grundsatzfragen noch in der politischen Haltung irgendwie eine einheitliche Meinung zu haben. Das „Comité des Forges“, das die Interessen der Großindustriellen der Eisenhütten vertrat, forderte weiterhin die Annexion der Saar, die sein Generalsekretär schon 1915 zum Programm erhoben hatte⁵⁰. Doch die Pariser Handelskammer erwähnte in ihrem Bulletin nichts dergleichen. Da den meisten industriellen Unternehmungen im Kriege erhebliche Profite winkten, wurde von seiten der Wirtschaft selten einer Hoffnung auf Frieden Ausdruck gegeben; es wurden aber auch selten „Kriegsziele“ aufgestellt — ausgenommen Forderungen, die eine wirtschaftliche Expansion in der Nachkriegszeit begünstigen konnten.

Da die traditionellen großen Verbände zu keiner einheitlichen politischen Willensbildung mehr fähig waren, mußte die Rolle der aus Anlaß des Krieges gegründeten „pressure groups“, die in sich geschlossen blieben, immer bedeutsamer werden. Die Aktivität dieser Gruppen nahm denn auch — nach der Zahl ihrer Veröffentlichungen und ihrer Erwähnung in der Presse zu urteilen — im Sommer und Herbst 1917 ständig zu. Was die zum „Pazifismus“ neigenden Gruppen betrifft, so fühlten sie sich durch die Anzeichen von Unsicherheit innerhalb der großen politischen Organisationen offensichtlich ermutigt. Um so mehr verstärkten die Gruppen nationalistischer und annexionistischer Richtung ihre Bemühungen, die schwankend Gewordenen zurückzugewinnen; und sie betrieben dies um so versessener, als der objektive Stand der Dinge ihrem Vorhaben wenig günstig war. Die im Juni 1917 gegründete „Republikanische Liga“ wollte gegen die *antiparlamentarische* Propaganda ankämpfen, ohne dabei jedoch die *Pazifisten* zu unterstützen. — Welches Echo riefen diese unterschiedlichen Aktivitäten in der Masse der Bevölkerung hervor?

Für diese kritische Periode steht nun der historischen Forschung, welche die Stimmung der Massen und der sie beeinflussenden Tendenzen kennenlernen möchte, reiches Material zur Verfügung. Beunruhigt über die allgemeine Lage, weiteten nämlich Regierung und Oberkommando ihre Erhebungen über die Moral des Heeres und der Zivilbevölkerung beträchtlich aus und ordneten sowohl auf dem zivilen wie

⁴⁸ Siehe oben, S. 255.

⁴⁹ Dabei waren 0,50 f. Eintrittsgeld zu bezahlen.

⁵⁰ Siehe oben, S. 248.

auf dem militärischen Sektor Postkontrollen an, über die zahlreiche Berichte vorliegen⁵¹. Die kritische Auswertung dieser Dokumente ist noch nicht völlig abgeschlossen, doch die großen Linien sind deutlich erkennbar.

1. Das Heer: Die Moral der kämpfenden Truppe, die schon gegen Ende 1916 Zeichen von Ermüdung und manchmal sogar Schwäche gezeigt hatte, geriet im Mai und Juni 1917 in eine schwere Krise. Über sie ist unlängst ein wichtiges Werk erschienen⁵², so daß ich mich hier mit einer Zusammenfassung seiner Ergebnisse begnügen kann. Zwischen dem 20. Mai und dem 10. Juni kam es bei der kämpfenden Truppe zu 250 Fällen gemeinschaftlicher Gehorsamsverweigerung. Die Unruhen erfaßten zwar nur eine kleine Minderheit der Soldaten, meist 10–15% der Gesamtstärke der betroffenen Regimenter. Doch die Hälfte aller Divisionen war mehr oder minder stark davon berührt. Insgesamt erreichte die Zahl der Meuterer vielleicht 40000, darunter allerdings kein einziger Offizier. Die Meutereien entstanden nie bei den Truppen der vordersten Linie. Sie fanden vielmehr jeweils in dem Augenblick statt, wo ein Regiment nach einer kurzen Ruhepause hinter der Front den Befehl erhielt, wieder nach vorn zu gehen. Es war also eher ein „Streik“ als ein Aufstand: Die Meuterer erklärten, daß sie sich nicht mehr in vergeblichen Angriffen gegen die feindlichen Stellungen „verheizen“ lassen wollten, daß sie aber durchaus bereit seien zu kämpfen, wenn es galt, einen feindlichen Angriff abzuwehren. Nur in zwei Fällen nahm die Bewegung einen ernsteren Charakter an, sowohl dem Umfang wie dem Ziele nach: Die Meuterei erfaßte eine ganze Infanteriedivision, und die Rädelführer äußerten einen revolutionären Plan, sie wollten „nach Paris marschieren“. Die örtliche Verteilung dieser Meutereien war bezeichnend: fast alle fanden in der Zone statt, in der die Offensive vom 16. April begonnen und in der das Oberkommando sich nach deren Scheitern darauf versteift hatte, Teilerfolge zu erzielen (besonders im Abschnitt des Chemin des Dames). Einige Fälle ereigneten sich auch im Abschnitt von Verdun, als gerade ein Angriff vorbereitet wurde. Überall sonst blieb die Armee ruhig. Wie sich übrigens aus den Akten der Kriegsgerichte ergibt, stammten die Meuterer aus allen Gegenden Frankreichs und allen sozialen Schichten, und es waren bis auf wenige Ausnahmen Infanteristen.

Folge dieser Krise war die große Besorgnis, ja Angst des Oberkommandos, die Armee könnte sich „auflösen“⁵³; fast einen Monat lang war die Armee praktisch gelähmt, weil die Kommandeure der größeren Einheiten nicht mehr sicher waren, daß ihre Befehle ausgeführt wurden. Das Oberkommando sah sich gezwungen, während des größten Teils des Sommers 1917 die Hauptlast der Operationen dem englischen Heer zu überlassen.

Was waren die Ursachen dieser Entwicklung? Die Generale gaben fast ausnahmslos der pazifistischen Propaganda die Schuld. Verantwortlich machten sie dafür die

⁵¹ Siehe oben, S. 242.

⁵² Guy Pedroncini, *Les mutineries de 1917*, Paris 1967 (Publications de la Faculté des Lettres et Sciences humaines de Paris, Série Recherches, Tome 35), 328 S.

⁵³ Vgl. die Erklärungen des Oberkommandierenden - seit 15. Mai war dies General Pétain - vor dem Kriegsrat am 31. Mai.

Regierung, besonders den Innenminister, der, wie sie sagten, die Ausbreitung dieser Propaganda im ganzen Lande zugelassen habe; wie hätte da die militärische Autorität das Eindringen der Zeitschriften und Flugblätter in den Bereich der Armee verhindern können? Eine unparteiische Untersuchung erweist jedoch, daß die Hauptursache der Meuterei das Scheitern der Offensive vom 16. April war, von der die Kämpfenden im Vertrauen auf die Versicherungen ihrer Führer entscheidende Ergebnisse erwartet hatten. Sie wollten keine Wiederholung so abenteuerlicher Angriffsversuche mit ungenügenden Mitteln auf ihre Kosten. Zu dieser Schlußfolgerung führten eindeutig die Feststellungen der Kriegsgerichte, der mit der Truppe in unmittelbarem Kontakt stehenden Offiziere und selbst der Polizeibeamten, die in den Standorten der von den Meutereien betroffenen Regimenter mit Nachforschungen betraut waren. Die pazifistische Propaganda hatte die Stimmung wohl ausgenützt, sie aber nicht geschaffen.

Der Genesungsprozeß der Armee verlief rascher, als man zunächst zu hoffen wagte. Die von General Pétain getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Truppe während der Ruhepausen hinter der Front sowie zur Verbesserung der Urlaubsordnung taten ihre Wirkung. Zwei Monate nach dem Ende der Meutereien hörten die pazifistischen Äußerungen, in denen sich die Soldaten in den Urlaubszügen häufig ergingen, fast völlig auf. Auch die Berichte der Postkontrolle stellten übereinstimmend fest, die Moral der Truppe scheinbar wiederhergestellt.

2. Die Zivilbevölkerung: In der Zivilbevölkerung war das Stimmungstief zwar nicht so ausgeprägt, dafür aber von längerer Dauer; am kritischsten waren hier der Juni und der November, doch auch der Sommer 1917 und der Winter 1917/18 verliefen nicht gerade befriedigend.

Die Junikrise fiel mit den Meutereien in der Armee zeitlich zusammen, ohne daß jedoch eine unmittelbare Verbindung zwischen beiden bestand. Ausmaß und Charakter der Krise zeigen die Berichte der Präfekten von Ende Juni. Nur in zwölf Départements (nämlich den am wenigsten industrialisierten) erklärten die Präfekten die Stimmung für zufriedenstellend. In fünf anderen war sie — ihren Angaben zufolge — mittelmäßig, doch begann das Vertrauen wieder zu wachsen. Überall sonst zeigten sich Anzeichen einer Depression von unterschiedlicher Stärke: „flaue Stimmung“ (in fünfzehn Départements), „Mißbehagen“ (dreißig Départements), „starke Gereiztheit“, die Beunruhigung hervorrief (zehn Départements), „moralische Verwirrung“ beim überwiegenden Teil der Bevölkerung (sieben Départements). In drei Départements (Haute-Garonne, Vaucluse, Loire) äußerten die Präfekten sogar unmittelbare Befürchtungen, denn die Bevölkerung „wolle um jeden Preis Frieden“ und „weigere sich, einen neuen Kriegswinter hinzunehmen“. In der Gironde schließlich sei „das Wort Revolution in aller Munde“ und man spreche davon „wie von etwas Unvermeidlichem“.

Fast alle Präfekten führten diese depressive Stimmung auf zwei Hauptursachen zurück: auf die tiefe Enttäuschung über das Scheitern der Offensive vom 16. April und auf die Beunruhigung über die Lähmung des russischen Heeres seit dem Sturz

des Zaren. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die man schon Ende des letzten Winters hatte ertragen müssen, verschärften noch die Malaise. Selbst der Kriegseintritt Amerikas löste keine Beruhigung aus, steigerte hier und dort sogar noch die Entmutigung, denn er konnte sich ja erst nach einem Jahr oder achtzehn Monaten militärisch auswirken, zeigte somit an, daß der Krieg noch lange dauern würde.

Im Laufe des Sommers ließ die Depression zwar nach. Die Berichte stellten fest, daß man sich in der Öffentlichkeit weniger pessimistisch äußere und daß auch im privaten Briefwechsel kein Wort mehr von Revolution verlautete. Doch die Sehnsucht nach einem schnellen Frieden fand fast überall weiterhin Ausdruck, ohne daß die meisten sich über zufriedenstellende Kriegsziele weiter Gedanken machten⁶⁴.

Im November wuchs der Pessimismus erneut, und wiederum äußerte sich der Mißmut, den Präfekturberichten zufolge, besonders heftig in Limoges, Clermont-Ferrand, Bourges, Besançon, Châlons s/Marne, Troyes und Langres. Aus Lyon und Bordeaux wurde große Kriegsmüdigkeit gemeldet. Im „zivilen“ Briefwechsel fanden die Kontrollorgane wieder Anspielungen auf unmittelbar bevorstehende Volksunruhen und sogar auf eine drohende Revolution — namentlich als in St. Etienne ein großer Metallarbeiterstreik unzweideutig politischer Natur ausbrach. Als Ursache dieser neuen Krise der Moral bezeichneten sämtliche Berichte die bolschewistische Revolution — die Deutschland gestatten würde, alle seine Kräfte an der Westfront zusammenzuziehen. Diese Krisenstimmung sprang jedoch nicht auf die Armee über. Der Regierungsantritt Clemenceaus, sein Appell an die nationale Energie, der sofort von ihm aufgenommene Kampf gegen die pazifistischen Tendenzen und sein erklärter Wille, den Krieg „bis zum Siege“ zu führen, rissen die Stimmung der Zivilbevölkerung zwar nicht sofort wieder hoch. Doch im Januar 1918 stellten die Berichte fest: „Der Geist Frankreichs hat sich offenkundig erholt und gekräftigt.“ Und was war die Ursache dieses Wandels? Es waren die Vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson, die „auf die ganze Nation einen tiefen Eindruck“ machten, weil sie dem französischen Anspruch auf Elsaß-Lothringen völlig zustimmten und weil sie ferner nachwiesen, daß „eine deutsche Herrschaft über Europa unter allen Umständen verhindert“ werden müsse. Hatte ein großer Teil des französischen Publikums am Sieg gezweifelt, so faßte er nun wieder Vertrauen, „aber mehr durch eine Art Glaubensakt als durch verstandesmäßige Überlegung“. Gleichzeitig lehnte die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit den Bolschewismus ab, weil er zu einem russischen Sonderfrieden führen mußte. Trotzdem machte sich namentlich in den frontnahen Gebieten weiterhin Nervosität geltend, da man hier befürchtete, daß die nächste deutsche Offensive einen Teil der Bevölkerung zur Flucht nötigen werde. Das war vor allem im Département Nord, an der Somme, in Nancy und sogar in Besançon der Fall, wo man eine Verletzung der Schweizer Neutralität durch die deutsche Armee erwartete. Andererseits führten einige gewerkschaftliche Gruppen in Lyon, St. Etienne, Clermont-Ferrand, Roanne, Limoges und Orléans

⁶⁴ Die Postkontrollkommission in Besançon stellte zum Beispiel im September 1917 fest, daß nur in 52 % der überprüften Briefe der Wunsch nach einem *siegreichen* Frieden ausgedrückt worden sei.

weiterhin ihre pazifistische Propaganda im Sinne des Programms „Weder Annexionen noch Entschädigungen“ fort. Und nach Auskunft der Berichte erzielten sie damit in der Arbeiterschaft durchaus Erfolge. In Paris hielten jene Kreise einen „sofortigen Frieden“ sogar für wichtiger als eine Lohnerhöhung. Ein Teil der städtischen Bevölkerung zeigte also weiterhin eine bedenkliche Einstellung; die Beobachter hielten die Lage jedoch nicht mehr für gefährdend.

In den Wochen vor der großen deutschen Frühjahrsoffensive 1918 blieb die im Herbst 1917 wiederhergestellte Moral der kämpfenden Truppe durchaus zufriedenstellend. Dies wird von den Beobachtern uneingeschränkt und vorbehaltlos festgestellt. Ein zusammenfassender Bericht des Oberhauptquartiers vom November 1917 über 922 Einheiten (Infanterieregimenter, Artillerieverbände, Dienststellen usw.) bescheinigt 94% von ihnen eine „gute“ oder „sehr gute“ Haltung. Die große Mehrheit der Soldaten gab ihrer Zuversicht Ausdruck. Sie erklärten, daß die Deutschen „nicht durchkommen“ würden, da die Abwehr wohlorganisiert sei.

V

Vom 21. März 1918 bis zum Ende der Feindseligkeiten haben dann wieder die auf französischem Boden tobenden Kämpfe die Reaktion der Öffentlichkeit bestimmt. Es kamen vier Monate eines beängstigenden Abwehrkampfes, in dem das deutsche Heer Erfolg auf Erfolg häufte; dann, nach der „Wendung“ vom 17. Juli, weitere vier Monate, in denen die alliierten Armeen dem Sieg entgegen marschierten. Dennoch waren die Umstände, welche die Entwicklung der öffentlichen Meinung beeinflussten, andere als während des Feldzuges von 1914 oder während der Schlacht um Verdun: Die „Union sacrée“ bestand nicht mehr; die Regierung Clemenceau mußte mit der Opposition der sozialistischen Partei rechnen, die beschloß, sich nicht mehr an der Regierung zu beteiligen, gleichermaßen die „Union sacrée“ wie die Zimmerwalder Bewegung ablehnte und sich ganz auf eine strikte Verteidigung der Arbeiterinteressen hin orientierte; sie mußte ferner den Einfluß des „Comité de défense syndicaliste“ in Rechnung stellen, das den Weisungen der CGT nicht mehr folgte⁵⁶. Selbst nach dem Beginn der großen militärischen Operationen dauerte die soziale Unruhe noch mehrere Wochen fort.

Die deutsche Offensive vom 21. März 1918 und der drohende Durchbruch durch die Front an der Nahtstelle der französischen und englischen Armee erregten in der Öffentlichkeit eine Zeitlang große Befürchtungen. Die Beschießung von Paris durch ein deutsches Artilleriegeschütz von großer Tragweite verstärkte sie noch. Aus fast allen Départements berichteten die Präfekten von Nervosität und Besorgnis. Manchmal verglichen sie die deprimierte Stimmung mit jener der letzten Augusttage von 1914. Als jedoch die Meldungen vom Nachlassen der Offensive eintrafen, zeigte sich schnell wieder Zuversicht. Nach Angabe der Präfekten hat jedenfalls diese kurze Depression in keinem Augenblick Unruhen oder pazifistische Kundgebungen ausgelöst: „Alle Gedanken konzentrieren sich auf den Krieg“, so heißt es, und „die patrio-

⁵⁶ Vgl. A. Kriegel, a. a. O., S. 170 u. S. 205 f.

tischen Gefühle der Massen sind durch die deutsche Offensive neu belebt worden“. Und nachdem es gelungen war, diese Offensive trotz großer Anfangserfolge zum Stehen zu bringen, war man allgemein der Auffassung, daß „die Probe bestanden“ sei und daß der Feind „nicht durchkommen“ werde.

Auch in den folgenden Wochen, im April und Mai, als die mit französischen Truppen besetzten Frontabschnitte nicht unmittelbar bedroht waren — die deutsche Offensive vom 9. April richtete sich gegen die englische Front —, wurde dieses Vertrauen nicht erschüttert⁵⁶. Die Präfekten stellten fest, die Stimmung bleibe trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zufriedenstellend; manche nannten sie sogar ausgezeichnet. Wohl wünschte die Zivilbevölkerung ein Ende des Krieges, doch begriff sie, daß Frankreich, wenn es unter den gegenwärtigen Umständen die Feindseligkeiten einstellte, keinen Verständigungsfrieden erreichen konnte, sondern Bedingungen akzeptieren mußte, „die einer Niederlage gleichkamen“. Fast überall wurde die Notwendigkeit anerkannt, den Kampf fortzusetzen, und oft die Hoffnung auf ein siegreiches Ende ausgesprochen, das man dank der amerikanischen Hilfe erreichen werde. Die pazifistische Bewegung befand sich augenscheinlich im Rückgang. In Paris stellte der Militärbefehlshaber fest⁵⁷, die „große Mehrheit der Arbeiterbevölkerung“ sei im Augenblick allen Tendenzen, die auf Friedenskundgebungen hinausliefen, abgeneigt. Im April meldeten die Berichte aus der Provinz nur drei pazifistische Zentren: unter den Arbeitern des Waffendepots in Brest, wo die Anarchisten schon lange Einfluß hatten; in den Munitionswerkstätten in Bourges, die staatliche Werke sind, und in Ambérieu. Dieser Rückgang der pazifistischen Bewegung war jedoch nicht von Dauer. Mitte Mai lebte ihre Propaganda wieder auf, vor allem als in St. Etienne ein Kongreß der Minderheitsgruppe des CGT stattfand. Diese stand mit Streikbewegungen in Verbindung, die zumeist die Vorrechte der Rüstungsarbeiter zu wahren suchten⁵⁸, manchmal aber auch politische Ziele hatten. So erfolgte der Generalstreik im Département Nièvre (18.–21. Mai) mit der Losung „Il faut chercher à négocier la paix“, und auch die Streiks der Textilarbeiter in Vienne (Isère) und der Bergarbeiter im Département Gard waren „pazifistisch“. Die längste und heftigste Streikbewegung fand vom 15. bis zum 29. Mai im Département Loire statt“; von militanten Aktivisten angezettelt und geleitet, hatte sie offen revolutionären Charakter und war direkt vom russischen Bolschewismus beeinflusst. Aber sie fand bei der örtlichen Bevölkerung keinerlei Unterstützung und wurde von der Mehrheit der Arbeiterschaft verworfen. Die Unruhen legten sich, sobald am 27. Mai am Chemin des Dames die neue deutsche Großoffensive begann.

Diese neue Offensive erweckte in großen Teilen Frankreichs peinliche Überraschung. „Noch nie hat ein Ereignis so stark auf die öffentliche Meinung eingewirkt“;

⁵⁶ Außer im Département Vaucluse, „das augenblicklich zum Pessimismus hin tendiert“, wie der Präfekt schrieb.

⁵⁷ Bericht vom 8. Mai 1918.

⁵⁸ Die Metallarbeiterstreiks in Le Havre und Le Boucau (Gironde) waren z. B. Protestkundgebungen gegen das „Loi Mourier“, das den UK-Stellungen und den besonderen Vergünstigungen für junge Arbeiter ein Ende machen wollte.

konstatierte die Postkontrolle. „Zunächst herrschte Furcht, sodann Bestürzung.“ Nach Ansicht der Masse hatte der geschaffene gemeinsame Oberbefehl eine Wiederholung solcher Überraschungen verhindern sollen. Wie habe der Feind 30–35 Divisionen auf einen so schmalen Frontabschnitt konzentrieren können, ohne daß dieses Manöver entdeckt worden sei? „Wozu ist der Generalstab da? Und warum konnten die Reserven, über die das interalliierte Oberkommando (nämlich Foch) verfügte, nicht eingreifen?“ Die Kritiker wandten sich auch gegen die allzu „autokratische“ Regierungsweise. Als besonders schwerwiegend erschien aber, daß eine wachsende Zahl von Stimmen einen raschen Frieden forderten: „Da man keinen Widerstand leisten kann, muß man eben nachgeben.“ Von örtlichen Nuancen abgesehen, bieten die Berichte der Präfekten das gleiche Bild. Die Politiker wurden unruhig. In der Deputiertenkammer nahm die Opposition am 4. Juni sogar das Oberkommando aufs Korn, und der Ministerpräsident mußte seine ganze Beredsamkeit einsetzen, um eine Vertagung der Debatte zu erreichen. Im vorliegenden Fall war die Erregung im Parlament keine künstliche; sie entsprach vielmehr durchaus den Empfindungen der Masse der Bevölkerung.

Doch Unruhe und Verwirrung legten sich nach dem Scheitern des deutschen Vorstoßes auf Compiègne am 9. Juni. Die Öffentlichkeit begann wieder Zuversicht zu fassen, obwohl jedermann klar war, daß der Gegner noch nicht sein letztes Wort gesprochen hatte. In dieser Phase ruhigen, aber noch angstvollen Abwartens fand die pazifistische Propaganda keinen günstigen Boden. Kaum daß die Berichte Anfang Juli einige Ansätze melden: in Périgueux, in Angoulême und in Tarbes. Im Département Vaucluse, wo schon seit zwei Monaten Pessimismus herrschte, nahm ein sozialistischer Bezirkskongreß einen Antrag zugunsten einer Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen den Sozialisten aller Staaten an. Aber das blieben Ausnahmefälle. Andererseits waren gewerkschaftliche Versammlungen, die sich zugunsten des regierungstreuen „Comité confédéral“ aussprachen, merklich zahlreicher als solche, die den Parolen des „Comité de défense syndicaliste“ folgten. Die Polizeistellen zeigten damals auch nicht die geringste Besorgnis⁵⁹. Und alle Berichte stellten fest, daß die Moral der Truppe — trotz der erlittenen Schläppen — ausgezeichnet sei.

Vom 17. Juli ab (der französischen Gegenoffensive von Villers-Cotterets, die die deutsche Armee zum Rückzug auf die Vesle zwang) entwickelte sich die öffentliche Meinung im gleichen Rhythmus wie die militärische Lage.

Anfang August stellten die Berichte fest, die Stimmung der Zivilbevölkerung sei in den meisten Départements „gut“, „sehr gut“ oder gar „ausgezeichnet“: als die Alliierten, dank dem Eingreifen der amerikanischen Kräfte, zur Offensive übergingen, schien der Endsieg gesichert. In einigen Gegenden (Limoges, Lyon, Clermont-Ferrand, Marseille, Troyes) konstatierten die Berichte freilich nur eine „Besserung“ der Stimmung oder eine „Neigung zum Optimismus“, ohne sich völlig befriedigt

⁵⁹ Sogar als am 11. Juni ein sozialistischer Funktionär in einer Versammlung der 15. Pariser Sektion erklärte, wenn die Regierung gezwungen würde, Paris zu verlassen und die Hauptstadt „ohne Regierungsgewalt“ ließe, könnten sich die Arbeiterorganisationen „an die Stelle dieser Regierung setzen“.

auszusprechen⁶⁰. Die pazifistische Aktivität war „fast gleich Null“; Ausnahmen bildeten lediglich das Waffendepot in Brest, die Pulverfabrik in Angoulême und die Gießerei der Marine in Ruelle. In Paris erklärte Merrheim auf einer großen Versammlung der „Fédération ouvrière des associations de mutilés et réformés de guerre“⁶¹ (1200 Teilnehmer) unzweideutig, daß er nicht darauf verzichte, eine Bewegung „für den Frieden der Völker“ zu schaffen, räumte jedoch ein, daß der „günstige Augenblick“ dafür noch nicht gekommen sei. Er hatte also selber das Gefühl, daß jede pazifistische Aktion von der Öffentlichkeit abgelehnt werden würde. Streikbewegungen hatten ausschließlich Lohnerhöhungen zum Ziel, sie waren überdies selten und sehr begrenzt: die bedeutendste — in dem Pariser Vorort Saint-Ouen — erfaßte nur 650 Arbeiter. Seitdem eine Hoffnung auf Sieg bestand, ertrug die Bevölkerung die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung mit Geduld.

Natürlich zeigte sich der Optimismus im September noch klarer. Mancherorts (in Toulouse, Troyes, Nancy) begann die Bevölkerung auf einen Endsieg innerhalb kurzer Frist — nämlich noch „vor dem Winter“ — zu hoffen. Unter den Sozialisten in Paris waren die Anhänger einer vorbehaltlosen Verweigerung der Kriegskredite „immer dünner gesät“. Die Opposition im Parlament blieb stumm. Als das österreichische Friedensangebot vom 14. September von Clemenceau mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen wurde, rief dies keinerlei Emotionen hervor.

Im Laufe des Oktobers 1918, während des Notenaustausches zwischen Präsident Wilson und der deutschen Regierung, wurde die öffentliche Meinung nuancierter. Wohl herrschte nunmehr fast allgemein Optimismus, und nahezu überall zeigte sich Begeisterung. Die Anhänger eines „Friedens um jeden Preis“ bildeten nur mehr eine kleine Minderheit (nach Schätzung mehrerer Kommissionen der Postkontrolle etwa 5%). Die Möglichkeit eines Kompromißfriedens wurde von der Presse niemals mehr erörtert, obschon der Gedanke daran in einem kleinen Teil der Bevölkerung noch fortlebte, besonders bei den Bauern, die von einem nahen Sieg noch nicht so recht überzeugt waren. Im ganzen bestand also kein Zweifel mehr darüber, daß „die Allgemeinheit den Frieden nur von einem Sieg erwartete“. Doch war die öffentliche Meinung dabei in zwei Richtungen gespalten:

Die eine wollte jede Waffenstillstandsverhandlung abgelehnt wissen. Sie erblickte in der deutschen Note vom 5. November „ein verdächtiges Manöver“, eine „Falle“ und eine „Kriegslist“. Die deutsche Armee brauche eine Atempause; erhalte sie eine solche, so könne sie den Krieg wieder aufnehmen: diese Meinung wurde von mehreren Pariser Zeitungen vertreten, vom „Matin“, vom „Temps“, der „Action française“, dem „Rappel“, dem „Echo de Paris“. Auch bei der Zivilbevölkerung mehrerer Départements (z. B. Loiret, Calvados, Pas-de-Calais) zeigte sich diese Ein-

⁶⁰ Das einzige Département, in dem die Beobachter zögerten, ein Urteil abzugeben, war Nièvre, dessen pessimistische Haltung schon früher festgestellt wurde; sie berichteten, die Bevölkerung bleibe „zurückhaltend“ mit Äußerungen über den Krieg.

⁶¹ Arbeiter-Vereinigung der Verbände der Kriegsbeschädigten und Ausgemusterten.

stellung. In den letzten Oktobertagen verschwand sie jedoch, als Präsident Wilson Waffenstillstandsbedingungen stellte, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten deutscherseits praktisch unmöglich machten und als die Reichsregierung diese Bedingungen annahm. Aber auch als damit die Aufrichtigkeit Deutschlands feststand, redeten einige Zeitungen weiterhin der Verweigerung eines Waffenstillstands das Wort — wenn auch nunmehr aus anderen Gründen. Die Deutschen, so schrieb das „Echo de Paris“, würden sich ihrer Niederlage nicht bewußt werden, geschweige sich „als Besiegte fühlen“, sofern sie keinen völligen „militärischen Zusammenbruch“ erlitten und keine Invasion erlebten. Man müsse, so fügte Charles Maurras in der „Action française“ (am 18. Oktober) hinzu, den Feind „die Schrecken und Verwüstungen des Krieges unmittelbar fühlen lassen“, um seinen „militärischen Geist“ zu vernichten. In der Provinz wurde — wie die Berichte aus den Regionen von Le Mans, Rennes, Nantes und auch aus dem Osten, von Epinal und Belfort, zeigen — der Wunsch, den Krieg in deutsches Gebiet hineinzutragen, von der Mehrheit der Bevölkerung oft ausgesprochen. Die Verfechter dieser Auffassung versäumten nicht, sich auf die Erklärungen der Anhänger einer „bedingungslosen Kapitulation“ im amerikanischen Kongreß zu berufen.

Die andere Richtung billigte Verhandlungen über einen Waffenstillstand und erhoffte von ihnen ein schnelles Ergebnis. Sie bestand lediglich auf bestimmten Vorbedingungen: Deutschland müsse so völlig außerstand gesetzt werden, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen, daß es den Alliierten praktisch ausgeliefert wäre; Frankreich müsse außer Elsaß-Lothringen die notwendigen Reparationen und Garantien erhalten. Lasse sich dies nicht erreichen, so müsse der Krieg fortgesetzt werden. Ein voreiliger Friedensschluß wurde jedenfalls eindeutig ausgeschlossen. Aber über Art und Umfang der „Garantien“ war man offensichtlich uneins. Die Presse der politischen Rechten und des rechten Zentrums unterstrich die Notwendigkeit, als Garantie für die Sicherheit Frankreichs seine Forderungen hinsichtlich des linken Rheinufers zu erfüllen — ohne daß sie sich genauer darüber ausließ, auch war sie nicht einmütig dieser Ansicht: das „Journal des Débats“ erklärte nämlich, man müsse überall und zwar „ehrlieh“ („loyalement“) das Selbstbestimmungsrecht der Völker anwenden. Auf der Linken protestierten die Sozialistische Partei, die CGT und die „Liga der Menschenrechte“ „gegen chauvinistische Treibereien einer Presse, die den Einflüsterungen des Eroberungsgeistes nicht selten mehr Gehör schenke als der Stimme des Rechts“. Trotzdem nahm auch der Nationalkongreß der Sozialisten eine Resolution an, die für Frankreich die unerläßlichen „militärischen und diplomatischen Garantien“ forderte — ohne sie näher zu präzisieren. In diese beiden Richtungen teilte sich auch die Radikalsozialistische Partei: auf ihrem linken Flügel lehnte das „Oeuvre“ jede Forderung nach dem linken Rheinufer ab; auf ihrem rechten Flügel hielten diejenigen an dieser Forderung fest, die ihr schon 1916 zugestimmt hatten. Der am 26. Oktober veranstaltete Parteikongreß erklärte, daß die Prinzipien Präsident Wilsons — „Befreiung der unterdrückten Völker“ und Schaffung des Völkerbundes — ausreichen würden, Frankreich die notwendigen „Garantien“ zu geben; diese Formel schien also jeden Anspruch auf das Rheinland

auszuschließen. Einen Tag später aber weigerte sich derselbe Kongreß, eine Resolution anzunehmen, die das „chauvinistische Treiben“ verurteilte. Beim Großteil der öffentlichen Meinung blieb der Begriff der „Garantien“ unklar. Die Postkontrollkommission von Dieppe zum Beispiel, die auf Grund der überprüften Briefe eine starke Strömung zugunsten eines „Siegfriedens“ feststellte, vermerkte doch gleichzeitig, daß vom linken Rheinufer selten die Rede sei. Die meisten, die derartige „Garantien“ für Frankreich forderten, schienen es der Regierung zu überlassen, sie zu definieren.

Von beiden Richtungen besaß die zweite ohne Zweifel die Mehrheit. Aber auch die Minderheit, die den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation fortsetzen wollte, beharrte Anfang November nicht mehr auf ihrem Standpunkt. Als sich Clemenceau und Foch darüber einig waren, den Waffenstillstand abzuschließen, focht niemand ihre Entscheidung öffentlich an.

Diese kursorische Darstellung ist natürlich nur eine vorläufige Skizze; sie wird durch weitere Forschungen ergänzt und korrigiert werden müssen. Gleichwohl gestattet sie einigen Einblick in Bildung und Entwicklung der öffentlichen Meinung in Frankreich während des Ersten Weltkrieges. Welche Rolle spielten dabei die Regierung, die politischen Parteien und „pressure groups“, sowie die Presse? Und wie reagierte die Masse der Bevölkerung?

Im nationalen Interesse hatte die Regierung die Pflicht, den moralischen Zusammenhalt des Landes zu sichern. Sie bemühte sich daher, die Verbreitung von Nachrichten zu verhindern, die die Bevölkerung beunruhigen und entmutigen oder das Vertrauen zur Führung erschüttern könnten. Mitunter widersetzte sie sich sogar der Verbreitung scheinbar günstiger Nachrichten, weil sie deren Aufbausung durch die Journalisten und die daraus folgenden Enttäuschungen vorhersah und befürchtete. Ihr Hauptinstrument dabei war die Einrichtung der Pressezensur. Die Handhabung dieser Waffe verdient jedoch eine nähere Untersuchung. Natürlich haben sich die Journalisten unaufhörlich über das Verfahren beklagt. Tatsächlich aber wurden die Entscheidungen der Zensurstellen keineswegs schematisch durchgeführt; denn die von diesen Behörden erteilten Weisungen ergingen nicht immer in festgelegter Form. So hatten die Zensoren häufig den Auftrag, die Unterdrückung eines Artikels bei dem Herausgeber der betreffenden Zeitung „auf gütlichem Wege“ zu erreichen, und nicht immer wurden gegen Zeitungen, die sich über einen Tilgungsbefehl hinweggesetzt hatten, Strafmaßnahmen ergriffen⁹². Man muß auch hinzufügen, daß sich die Regierung nicht darauf beschränkte, Verbote auszusprechen. Sie versuchte manchmal auch die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie den Zeitungen zu verstehen gab, in welchem Sinne sie ihre Kommentare abfassen sollten. Diese „Informationspolitik“ variierte je nach den Umständen und der persönlichen Einstellung der Männer, die an der Macht waren; doch wurde sie vom Herbst 1915 an mit großer Aktivität betrieben.

Die Mitglieder des Parlaments konnten ihre Kontrollrechte gegenüber der Re-

⁹² In den Archiven der Zensurbehörde befindet sich ein umfangreiches Verzeichnis der „nicht ausgeführten Tilgungen“ für die Zeit vom Oktober 1915 bis Dezember 1916.

gierung nicht unter normalen Bedingungen ausüben — auch nicht, als das politische Leben nach seiner Unterbrechung in den ersten Monaten des Krieges Anfang 1915 wieder in Gang kam. Trotzdem bekundeten sie in wiederholten Malen ihr Mißtrauen gegen die Militärverwaltung und gegen die weitherzige Auslegung, die das Oberkommando seinen Kompetenzen zu geben bestrebt war. Sie versuchten ferner vor allem die Rüstungsfabrikation und die Rekrutierung voranzutreiben. In der Frage der Kriegsziele aber waren die politischen Parteien schon in sich selber uneins; es gab Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit und der Minderheitsgruppe innerhalb der sozialistischen Partei, zwischen den „Clemencisten“ und „Caillautisten“ unter den Radikalsozialisten, zwischen Nationalisten und Gemäßigten auf der Rechten. Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen zeigten sich die gleichen Gegensätze. Wegen dieser Divergenzen ist die Aktivität jener „pressure groups“, die sich aus Anlaß des Krieges und zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung während des Krieges gebildet hatten, oftmals bedeutsamer gewesen als die der politischen Parteien.

Die Tageszeitungen und die Zeitschriften haben trotz der ihnen durch die Zensur auferlegten Beschränkungen die doppelte Aufgabe, die ihnen zufiel, zu erfüllen versucht: einerseits die öffentliche Meinung widerzuspiegeln, andererseits ihr als Führer zu dienen. Gerade auf dieser Rolle als *Führer* bestand sie. War sie dabei erfolgreich? Man darf dies bezweifeln. Die Provinzblätter jedenfalls hatten den Berichten mehrerer Präfekten⁶³ zufolge „nur einen sehr geringen Einfluß“; sie spiegelten die Stimmung der Bevölkerung eher wider, als daß sie sie beeinflussten. Sie stellten eine bloße „Informationsquelle für die Landwirte über die Lebensmittelversorgung“ dar. Wohl waren die Pariser Zeitungen in der Provinz weit verbreitet, aber auch sie hatten bei weitem nicht den Einfluß, den ihre Auflagenhöhe vortäuschte; denn zumindest von 1916 an waren die Leser den Meldungen der Presse gegenüber äußerst skeptisch.

Die Masse der Bevölkerung reagierte je nach sozialer Schicht und Gegend unterschiedlich. Sie tat dies auch innerhalb der gleichen Schicht. In der Arbeiterschaft hat selbst im Jahre 1917, als die soziale Unruhe am größten war, ein gut Teil die politischen Streiks und die pazifistische Propaganda abgelehnt. Im Bürgertum führten die Gegensätze zwischen denen, die vom Kriege wirtschaftlich profitierten, und denen, deren Lebensstandard absank, naturgemäß zu unterschiedlicher Einstellung. Die Untersuchung dieser Reaktionen der Masse veranlaßt jedoch zu dreierlei Feststellungen:

1. Die Masse der Bevölkerung zeigte eine beträchtliche Eigenständigkeit gegenüber den Tendenzen der offiziellen Propaganda und der großen Mehrheit der Zeitungen: die Lektüre der Presse gibt daher von der öffentlichen Meinung kein zutreffendes Bild.
2. Die Haltung der Öffentlichkeit wurde nicht durch propagandistische Einwirkungen bestimmt, sondern in erster Linie durch die Wechselfälle der militärischen

⁶³ In den Départements Nord, Pas de Calais, Meuse und Var zu Beginn des Jahres 1918.

Lage: zwischen der Moral der kämpfenden Truppe und der Haltung der Zivilbevölkerung bestand fast immer ein enger Zusammenhang — außer im November 1917. Die pazifistische Propaganda hat die depressive Haltung der Bevölkerung zwar auszunützen versucht, sie aber nicht erzeugt.

3. Schließlich haben die „Depressionen“ die öffentliche Gewalt zwar sicherlich beunruhigt, namentlich im Jahre 1917; doch haben sie nicht lange genug gedauert, um auf die Entscheidungen der Regierung einen unmittelbaren Einfluß auszuüben und dieser eine andere Politik aufzunötigen.

Unsere Schlußfolgerungen können bei dem augenblicklichen Forschungsstand nicht mehr als Arbeitshypothesen sein. Um sie zu verifizieren, müssen die kritischen Untersuchungen vertieft und müssen vor allem Vergleiche mit den Problemen angestellt werden, die sich bei der Erforschung der öffentlichen Meinung in den anderen kriegführenden Staaten ergeben.